

offensiv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

3/2013

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Mai-Juni 2013

| | |
|--|----|
| Redaktionsnotiz..... | 3 |
| Vor 60 Jahren: faschistischer Putschversuch in der DDR..... | 5 |
| <i>Kurt Gossweiler/Dieter Itzerott: Der 17. Juni 1953 – Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt.....</i> | 5 |
| Bestandsaufnahme: Friedensbewegung und PDL..... | 24 |
| <i>Irene Eckert: Zum Ostermarsch 2013.....</i> | 24 |
| <i>Ingo Wagner: Die Partei Die Linke – eine sozialdemokratische Partei von eigener Art – befindet sich in ihrer historischen Endphase.....</i> | 40 |

| | |
|---|----|
| Italien..... | 48 |
| <i>Gerhard Feldbauer</i> : Rote Hände über der Armata -- | |
| Wie die CIA in Italien die Spannungsstrategie inszenierte..... | 48 |
| <i>Gerhard Feldbauer</i> : Tribüne eines Schmierentheaters..... | 50 |
| Stalin zum Epochenwandel..... | 55 |
| <i>H.G.Wells</i> : Gespräch mit Stalin, 23. Juli 1934..... | 55 |
| Vergleich der Strafrechtssysteme DDR - BRD..... | 70 |
| <i>Erich Buchholz</i> : Eine Essenz aus meinem Buchprojekt | |
| „Das DDR-Strafrecht besser als das der BRD?“..... | 70 |

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonten:

Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80.

Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Freundeskreis offen-siv: über Redaktionsadresse

Redaktionsnotiz

Der Conti-Chef Elmar Degenhart hat auf der Hauptversammlung des Konzerns am 15. Mai gefordert, dass „alle politischen Reformen darauf ausgerichtet werden müssen, die Länder in Europa wettbewerbsfähiger zu machen – einschließlich strikter Sparkurse und einer weiteren Flexibilisierung der Arbeit“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 16.5.2013) Hierzulande werde aber derzeit bevorzugt über Fragen der Gerechtigkeit und Umverteilung diskutiert. „Dadurch werden wir kein Stück wettbewerbsfähiger“. Und als Begründung für seine Forderungen nennt er die innerimperialistische Konkurrenz (er nennt sie natürlich nicht so): „Wenn wir den Wettbewerb mit China und Nordamerika jetzt nicht energisch annehmen, dann zerbröseln die europäische Einheit und Europa läuft Gefahr, wirtschaftlich und weltpolitisch unbedeutend zu werden“. (ebenda)

Weitere Flexibilisierung der Arbeit: „Nach offiziellen Angaben des Bundesamtes für Statistik arbeiten 14,5 % in Deutschland regelmäßig sonntags. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung kommt gar auf 22 % der Arbeitnehmer, die nach eigenen Angaben zumindest einmal monatlich am Sonntag ranmüssen. Tendenz steigend. Ab Mitte der 90er Jahre wuchs ihr Anteil um 5 %. Und nur ein Drittel aller Beschäftigten hat immer ein freies Wochenende.“ (Straßenmagazin Asphalt, Mai 2013)

Nach Angaben der HAZ betrug die Subvention, die der deutsche Staat im Jahr 2012 an das deutsche Kapital bezüglich der Löhne ausschüttete, etwas mehr als 10 Milliarden Euro. Gemeint sind die so genannten „Aufstocker“, also Proletarier, die arbeiten, ohne vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben zu können, und deshalb beim Staat (Harz IV) betteln gehen müssen. Dort stehen sie – und nicht etwa das Kapital (!) – als Bittsteller da. Ähnliches gibt es bei keiner anderen Ware. Allein die Ware Arbeitskraft unterliegt seit Jahren der Deflation, d.h. der Tatsache, dass ihr Preis weit unter ihrem Wert liegt, denn der Wert einer jeden Ware bestimmt sich ja nach der Menge Arbeit, die notwendig ist, sie herzustellen, im Bezug auf die Arbeitskraft also durch den Preis der notwendigen Lebensmittel. Das Kapital hat sich in den vergangenen Jahren unter unser aller Augen in die komfortable Lage versetzt, in großem Ausmaß die Ware Arbeitskraft unter ihrem Wert kaufen zu können. Daran aktiv mitgeholfen haben nicht nur die so genannten „bürgerlichen“ Parteien, also CDU/CSU und FDP, sondern genauso SPD und GRÜNE mit der so genannten Agenda 2010, zudem leider wenn auch nicht aktiv, so doch passiv durch Verzicht auf kämpferischen Widerstand der DGB und nicht wenige wichtige Einzelgewerkschaften.

Gäbe es die DDR noch, wäre es unmöglich gewesen, die Ausbeutung der Arbeiterklasse in dieser Weise über alle Maße zu steigern.

Das führt zu unserem ersten Thema: vor 60 Jahren wurde der erste konterrevolutionäre Angriff gegen die DDR unternommen. Die imperialistischen Mächte und vor allem die BRD lauerten selbstverständlich schon immer auf eine passende Gelegenheit. Im Frühsommer 1953 bot sie sich. Zu den Hintergründen dieser Situation bringen wir den Nachdruck einer Arbeit von Dieter Itzerott und Kurt Gossweiler.

Weiter beschäftigt uns die Friedensbewegung. Welche Geschichte haben wir? Was ist daraus zu lernen? Wie ist Widerstand zu organisieren? Irene Eckert zeigt uns einen historischen Überblick.

Und da im Herbst dieses Jahres Bundestagswahlen stattfinden werden, bringen wir eine Analyse des Wesens und der Entwicklung der Partei „Die Linke“ von Ingo Wagner.

Als Beispiel für die Verwerfungen, die die imperialistischen Formierungen hervorbringen, folgen danach zwei Artikel von Gerhard Feldbauer über Italien. Der eine zeigt die Geschichte der von imperialistischen Geheimdiensten gesteuerten Aktion gegen die kommunistische Bewegung Italiens, der zweite die Manöver der Regierungsbildung in Italien heute.

Das alles wollen wir gern konfrontieren mit einem Vertreter der nachkapitalistischen Gesellschaftsformation: Josef Stalin. Er gab dem amerikanischen Schriftsteller und Journalisten H.G.Well 1934 ein sehr aufschlussreiches und noch heute hochaktuelles Interview.

Erich Buchholz rundet das Heft mit seinem Hinweis, wie sich der Humanismus und der fortschrittliche Klassencharakter der DDR auch im Strafrecht niederschlugen, dieses Heft ab.

Red. offen-siv

Spendenkonto offen-siv:

Inland: Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80, Kennwort: Offensiv

Ausland: Konto Frank Flegel,

Internat. Kontonummer (IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

Vor 60 Jahren: faschistischer Putschversuch in der DDR

Kurt Gossweiler/Dieter Itzerott: Der 17. Juni 1953 – Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt

Vorbemerkung der Redaktion: Es gab in den letzten Tagen und Wochen mehrere Veröffentlichungen zum 60 Jahrestag des konterrevolutionären Putschversuches in der DDR 1953. Die meisten im antikapitalistischen Spektrum erschienenen Artikel und Betrachtungen hatten immerhin eine wichtige Position gemeinsam: sie benannten den konterrevolutionären Angriff als einen solchen und sie standen zur Verteidigung der DDR. Aber durchgehend unterließen sie es, auf eine wichtige Tatsache, die den konterrevolutionären Kräften des 17 Juni ihr Werk wesentlich erleichtert hat, einzugehen, nämlich auf die veränderte Politik der Sowjetunion unter der neuen Chruschtschow-Führung und die dortige Einflussnahme auf die DDR. Um diese für das Begreifen der Geschichte und damit für das Justieren des Kompasses für die Zukunft unendlich wichtigen Aspekte wieder (oder neu) ins Gedächtnis zu rufen, drucken wir hier einen Auszug aus der gemeinsamen Arbeit von Kurt Gossweiler und Dieter Itzerott: „Die Entwicklung der SED“, veröffentlicht im Januar 2009 in dem von uns herausgegebenen Buch „Unter Feuer – Die Konterrevolution in der DDR“¹.

Schritte zur Entwicklung der SED auf marxistisch-leninistischer Grundlage und der Übergang zum Aufbau des Sozialismus

- 1. Parteikonferenz, Januar 1949: Aufhebung der vom Vereinigungsparteitag beschlossenen paritätischen Besetzung aller Parteifunktionen; Einführung einer Kandidatenzeit bei Aufnahme in die Partei; Bildung eines Politbüros.
- III. Parteitag, 20.–24. Juli 1950: Systematische marxistisch-leninistische Schulung mit erstem einheitlichen Parteilehrjahr ab 1950/51; Überprüfung der Parteimitglieder.²

¹ „Unter Feuer“, Hrsg: offen-siv, Autoren: Erich Buchholz, Klaus Eichner, Klaus Hesse, Kurt Gossweiler, Dieter Itzerott, Hermann Jacobs, Heinz Keßler, Hermann Leihkauf, Michael Operskalski. ISBN: 978-3-00-026316-3. Zu bestellen bei uns oder in jeder guten Buchhandlung.

² Dieser Beschluss war eine Folge der Erkenntnisse über das Eindringen von Agenten der US-amerikanischen Geheimdienste in die kommunistische Emigration in verschiedenen kapitalistischen Ländern, vor allem in der Schweiz, und der Aufdeckung der Zusammenarbeit des Tito-jugoslawischen Regimes mit imperialistischen Mächten, Erkenntnisse, die in Prozessen in Ungarn (Rajk-Prozess, September 1949) und Bulgarien (Kostoff-Prozess Dezember 1949)

Zur Ausbildung qualifizierter Kader für die theoretische und praktische politisch-ideologische Arbeit wurde im Dezember 1951 das „Institut für Gesellschaftswissenschaften“ geschaffen und zahlreiche Werke von Marx, Engels und Lenin herausgegeben;

Nach der Gründung der DDR konnte die Partei – anders als in den volksdemokratischen Nachbarländern – nicht die Aufgabe stellen, mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Dort, in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien, war der Schritt von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Ordnung in den Jahren 1948/1949 getan worden. In der DDR war das noch nicht möglich, weil - wie das ja auch im Stalin-Telegramm zum Ausdruck gebracht worden war, - das erstarrte strategische Ziel noch die Herstellung eines einheitlichen demokratischen Deutschland war.

Aber früher oder später musste auch in der DDR eine klare Entscheidung über ihren weiteren Entwicklungsweg fallen, und das konnte, - wenn es nicht gelang, in absehbarer Zeit das Ziel eines einheitlichen demokratischen Deutschland zu erreichen -, auf Grund ihres Klassencharakters nur die gleiche Entscheidung sein wie bei den brüderlich befreundeten östlichen Nachbarn. Seit 1950 gehörte die DDR schon dem 1949 gegründeten Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe – RGW – an.

Die Westmächte taten ihrerseits alles, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen, Westdeutschland zu remilitarisieren und zu einer Speerspitze für die Aggression gegen Osten aufzurüsten. Schon im Dezember 1950 gaben die Teilnehmer der Ratstagung der NATO in Brüssel ihre „*völlige Übereinstimmung über die Rolle, die Deutschland – also die BRD - in der NATO übernehmen könnte*“, bekannt. Und im September 1951 einigten sich die USA, England und Frankreich in einer Konferenz in Washington über die Bedingungen der Remilitarisierung Westdeutschlands und über seine Eingliederung in die NATO.

Um dem entgegenzuwirken und um den Protest erheblicher Teile der westdeutschen Bevölkerung gegen den Remilitarisierungskurs und ihre Forderungen nach einer friedlichen Einigung Deutschlands zu unterstützen, forderte die Regierung der DDR im Februar 1952 in einer Note die vier Großmächte – die drei Westmächte und die

gewonnen worden waren. Drei Jahre später, im November 1952, fand in der Tschechoslowakei ein dritter Prozess statt gegen den ehemaligen Generalsekretär der KPC, Rudolf Slansky². Darüber wird weiter unten zu sprechen sein. Im Ergebnis der Überprüfung im Jahre 1951 wurden zahlreiche Genossen, die in der Nazizeit in kapitalistische Länder emigriert waren und nach ihrer Rückkehr in Parteifunktionen tätig waren, aus diesen Funktionen entfernt und zumeist in entsprechende staatliche Funktionen eingesetzt.

UdSSR – dazu auf, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen.

Die Sowjetunion war die einzige der „Großen Vier“, die darauf eine positive Antwort gab. Mehr noch: Am 10 März 1952 richtete sie eine Note an die Westmächte mit dem Entwurf eines Friedensvertrages. Es war dies die berühmte Stalin-Note, über deren Zielsetzung und dahinter stehende Absichten Stalins schon ganze Bibliotheken füllende Artikel und Bücher geschrieben wurden und noch immer werden, wobei auch unsinnigste und abwegigste Thesen vertreten werden; (s. dazu: Kurt Gossweiler, Benjamin Baumgarten und die „Stalin-Note“, in *Streitbarer Materialismus*, Nr. 22, Mai 1998, S. 61-74; zu finden auch im Internet unter „Kurt Gossweiler, Politisches Archiv, Artikel“).

Die Sowjetunion schlug in dieser Note vor, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und legte zugleich den Entwurf eines solchen Vertrages vor: Deutschland sollte als einheitlicher Staat in den vom Potsdamer Abkommen festgelegten Grenzen wiederhergestellt werden, eigene zur Verteidigung notwendige Streitkräfte besitzen dürfen und sich verpflichten, keine Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat der Antihitlerkoalition richten.

Im Westen wurde gerätselt, ob dieser Vorschlag ernst gemeint war, und die bis heute vorherrschende Antwort darauf war und ist ein Ja; Stalin - so die Begründung dafür-, habe die DDR nur als Handelsobjekt betrachtet, als ein Faustpfand, das gegen entsprechende Zugeständnisse des Westens an die Sowjetunion eingetauscht zu werden bestimmt sei. Ein bundesrepublikanischer Autor, Wilfried Loth, brachte diese Ansicht mit dem Titel seines 1994 bei Rowohlt in Berlin erschienenen Buches auf die kurze Formel: „*Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*“.

Loth und alle, die seine Ansicht teilen - und dazu gehören seit der Rückwende auch ehemalige Historiker aus SED-Instituten, wie z.B. Wilfriede Otto, bis zum Ende der DDR Mitarbeiterin des Marx-Engels-Instituts - konstruieren folgerichtig daraus einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Zielen Stalins und Walter Ulbrichts hinsichtlich der Zukunft der DDR.

In Wirklichkeit bestand zwischen Stalin und Walter Ulbricht über die Zukunft der DDR als Glied in der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten Europas keine Meinungsverschiedenheit. Die gab es nur über die Frage des Tempos der Entwicklung hin zu diesem Ziel.³

³ Dies geht eindeutig aus einer Dokumentation sowjetischer Akten aus dem Bestand Molotow hervor, die in Band 95 der Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte veröffent-

Abschließend kann zur Stalin-Note und ihrer Bedeutung für die DDR gesagt werden: Für beide Seiten - die UdSSR und die DDR- Führung - war klar, dass es - sofern es in absehbarer Zeit kein einheitliches, demokratisches und neutralisiertes Deutschland geben würde -, nur eine Entscheidung für den Sozialismus in der DDR geben konnte.

In dieser Situation hatte die Stalin-Note eine dreifache Bedeutung:

Erstens als Initialzündung für die Vereinigung aller Bemühungen in Ost und West zu einer großen, machtvollen Volksbewegung zur Erzwingung der Einheit Deutschlands als demokratischer und neutraler Friedensstaat.

Zweitens als Test dafür, ob es eine reale Chance gab, in absehbarer Zeit die Einheit Deutschlands auf einer solchen Grundlage zu erreichen.

Drittens als Prüfstein, der die Westmächte und die Adenauer-Regierung zwang, Farbe zu bekennen und vor aller Welt zu offenbaren, dass sie die Spaltung aufrechterhalten

licht sind. („Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung.“ Herausgegeben und eingeleitet von Peter Ruggenthaler, München 2007.)

Der Herausgeber Ruggenthaler trifft als Erkenntnisse aus diesen Akten zur Stalin-Note unter anderem folgende Feststellungen (S. 14-16): *„Nach den Erkenntnissen der Geheimdienste konnte die sowjetische Führung davon ausgehen, dass sich die Westmächte, allen voran die USA, nicht von der Westintegration der eben geschaffenen Bundesrepublik Deutschland abbringen lassen würden. ... Demzufolge konnte das „Neutralisierungsangebot“ an Deutschland aus der Sicht des Kreml kein Risiko sein, weil eben die Westmächte von ihren Plänen nicht abzubringen seien. Dies wußte man aufgrund der Erkenntnisse der sowjetischen Aufklärung. Semenow soll Stalin die Nichtannahme der sowjetischen Vorschläge durch die Westmächte garantiert haben, um ihn vom Gelingen der deutschlandpolitischen Propaganda-aktion des Kreml zu überzeugen.*

Walter Ulbricht, so Vysinski (Wyschinski, Nachfolger Molotows als Außenminister der UdSSR), habe vorgeschlagen, die SED sollte nicht gegen die Befürworter einer Neutralisierung Deutschlands auftreten, „sondern versuchen, ... mit ihnen einen gemeinsamen Kampf gegen die Remilitarisierung und gegen die Einbeziehung Westdeutschlands in das Nordatlantikkbündnis zu organisieren.“ Ulbricht, so Vysinski weiter, denke, „dass die Sowjetunion selbst in der einen oder anderen Form einen Vorschlag über die Neutralisierung Deutschlands mit dem Ziel der Entlarvung der amerikanischen Kriegshetzer“ einbringen sollte. Vysinski kam in seiner Analyse zu dem Schluss, dass die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf jeden Fall gegen eine Neutralisierung Deutschlands wären.

Es zeigt sich, dass wohl Walter Ulbricht die eigentliche „geistige Vaterschaft“ der Stalin-Note, das heißt, jener deutschlandpolitischen Strategie, der sich der Kreml 1951/52 bediente, zuzuschreiben ist.“

wollten, entsprechend der Adenauer-Devise: „*Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.*“

Die Stalin-Note stellte damit klar, dass die Verantwortung für die Konsequenzen der Fortdauer der Spaltung – nämlich die weitere Auseinanderentwicklung der beiden Teilstaaten und eine Entscheidung der DDR für den sozialistischen Weg – ganz alleine bei ihnen, den Westmächten und der BRD-Regierung, lag.

Die Ablehnung des sowjetischen Vorschlages und die beschleunigte Einbeziehung Deutschlands in das westliche aggressive Bündnissystem stellten nun den Übergang zum Aufbau des Sozialismus auch in der DDR auf die Tagesordnung.

Die II. Parteikonferenz (9.-12. Juli 1952)

Natürlich wurden die nächsten Schritte dazu mit der sowjetischen Führung beraten und abgesprochen.

Am 1. und 7. April 1952 beriet eine Delegation der SED-Führung - Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl - mit der Sowjetführung - Stalin, Bulganin, Malenkov, Molotow - über die nächsten vordringlichen Schritte in der DDR.

Zwei Themen standen im Vordergrund:

Zum einen die Schaffung eigener Streitkräfte in der DDR – unumgänglich notwendig geworden angesichts der Aufrüstung in der Bundesrepublik und deren bevorstehende Einbeziehung in die NATO,

zum anderen der Übergang zum Aufbau der sozialistischen Ordnung auch in der DDR.

Über Stalins Äußerungen zur ersten Frage in der Besprechung am 1. April notierte Wilhelm Pieck: „*Volksarmee schaffen – ohne Geschrei. Pazifistische Periode ist vorbei.*“ Und am 7. April notierte W. Pieck über Stalins Äußerungen zu diesem Thema: Der Westen hat „*bisher alle Vorschläge abgelehnt. ... Demarkationslinie gefährliche Grenze. ... Bewaffnung muss geschaffen werden. ... Nicht Miliz, sondern ausgebildete Armee. Alles ohne Geschrei, aber beharrlich.*“

Und zur zweiten Hauptfrage, dem Übergang zum Aufbau des Sozialismus, sagte Stalin nach Piecks Notizen: „*...Schaffung von Produktiv-Genossenschaften im Dorfe, um Großbauern einzukreisen ... Beispiele schaffen - ... Niemand zwingen. Nicht schreien Kolchosen – Sozialismus. Im Anfang die Tat – Weg zum Sozialismus – staatliche Produktion ist sozialistischen Produktion.*“ (Gossweiler, Benjamin Baumgarten, S.73.)

Stalin hat damit der SED-Führung gesagt: Ihr braucht gar nicht vom Sozialismus zu reden – in der Industrie habt ihr ihn schon, denn unter Euren Bedingungen ist staatliche Produktion schon sozialistische Produktion. Ihr braucht nur noch auf dem Lande Produktivgenossenschaften zuzulassen, dann bekommt Ihr auch eine sozialistische Landwirtschaft. Ihr braucht dabei überhaupt nicht darüber zu reden, dass Ihr damit zum Sozialismus übergeht.

Damit sind eindeutig die Legenden aus bürgerlich-antikommunistischen und wendehälsisch-antikommunistischen Quellen widerlegt, Ulbricht habe entgegen Stalins Willen in der DDR den Aufbau des Sozialismus proklamiert.

Zum 9. bis 12. Juli 1952 wurde vom ZK der SED die II. Parteikonferenz einberufen.

Als die Parteikonferenz begann, hatten mit wenigen Ausnahmen keiner der über Eintausendfünfhundert Delegierten und fast 500 Gastdelegierten und 2500 Gästen eine Ahnung davon, welch gewaltiger historischer Beschluss diese Tagung, die nicht einmal ein Parteitag, sondern „nur“ eine Parteikonferenz war, zu der nach dem Vereinigungsparteitag unvergesslichsten Parteitagung der SED machen würde.

Dazu wurde diese Konferenz, als Walter Ulbricht in seinem Referat über die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED zu der Schlussfolgerung gelangte: *„Die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung sowie das Bewusstsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind jetzt so weit entwickelt, dass der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist. In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus den Reihen der werktätigen Bauern und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, dass in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.“*

Nach diesen für fast alle überraschenden Feststellungen brach ein überwältigender Begeisterungssturm aller Teilnehmer aus. Otto Buchwitz, der als Führer der Sozialdemokraten Sachsens 1946 mit Hermann Matern, dem damaligen Führer der KPD in Sachsen, die Vereinigung beider Parteien in diesem Lande verwirklicht hatte, schrieb darüber in seinen Erinnerungen: *„Ein ungeheurer Jubel brandete in den weiten Räumen der Werner-Seelenbinder-Halle bei der Verkündung dieses Vorschlages auf. Jene Delegierten, die bereits in der Weimarer Republik oder noch früher, im kaiserlichen Deutschland, für das historische Ziel der revolutionären Arbeiterklasse gekämpft hatten, waren sichtlich ergriffen.“*

Das traf auch ganz besonders auf ihn selbst zu. Seine Rede hinterließ bei allen Teilnehmern einen tiefen, unauslöschlichen Eindruck, als er sagte: *„Wir haben es immer gewollt! Wir haben es ersehnt! Wir haben es in uns getragen wie einen heiligen*

Schatz! Wir haben gekämpft! Wir haben gelitten und Opfer gebracht, wie sie ein einzelner für diese große, schönste und herrlichste Idee nur bringen kann... Ich erlebte manche Zeitenwende. Immer wieder mussten wir mit Bitternis feststellen, dass die Reaktion verstand, solchen Zeitenwenden ihren Stempel aufzudrücken. Ich glaube, dieser Zeitenwende, an der wir uns befinden... drücken wir den Stempel unseres Willens auf!“

Die Entscheidung, nunmehr auch in der DDR den Sozialismus aufzubauen, bedeutete aber nicht, den Kampf um die Einheit Deutschlands aufzugeben.

Sie wurde vielmehr verstanden als erster Schritt zur Herstellung eines demokratischen, fortschrittlichen und sozialistischen Gesamt-Deutschland. Dies wurde auch in der sozialistischen Verfassung der DDR vom 6. April 1968, von der die erste Verfassung vom 7. Oktober 1949 abgelöst wurde, im Absatz 2 des Artikels 8 mit den Worten zum Ausdruck gebracht: *„Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben ... die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus.“*

Die Beschlüsse der II. Parteikonferenz waren, wie Kurt Gossweiler betonte, *„die radikalste und längst fällig gewesene revolutionäre Umwälzung, die Deutschland bis dahin erlebt hatte“*. Die SED hat unter Führung von W. Ulbricht einen entschlossenen wie flexiblen Kampf zur Verteidigung einer marxistisch-leninistischen Linie der SED geführt.

Die Gegenschläge der Feinde im Lager des Imperialismus und im eigenen Lager ließen nicht lange auf sich warten. Im Sommer 1952 verkündete der USA-Außenminister John Foster Dulles den Übergang der USA von der Politik der „Einschränkung“, des „Containment“, zur Politik der „Befreiung“ und des „roll back“, des „Zurückrollens“ gegenüber dem Sozialismus. Diese offen konterrevolutionäre Politik, die eine weitere Verschärfung des „Kalten Krieges“ bedeutete, erhob der neue USA-Präsident Dwight D. Eisenhower bei seinem Amtsantritt Anfang 1953 zum offiziellen Regierungskurs der USA.

Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt: Der 17. Juni 1953

Das Jahr 1953 war eine Zeit brisanter Entwicklungen von hoher geschichtlicher Intensität.

Ein - wie sich bald erwies - folgenschweres Ereignis war der Tod Jossif Wissarionowitsch Stalins. Er löste weltweit bei allen Kommunisten große Erschütterung und bei allen Freunden der Sowjetunion große Trauer und Besorgnis aus.

Die reaktionären Feinde der Sowjetunion dagegen schöpften neue Hoffnungen. Die Führer der imperialistischen Mächte, von Eisenhower über Churchill bis Adenauer, hofften, nun künftig günstigere Bedingungen für Erfolge im Kampf für die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern vorzufinden. Als nächstes Ziel dafür hatten sie, wie sich wenige Monate später, im Juni, zeigen sollte, die DDR aufs Korn genommen.

Die Ereignisse am 16. und 17. Juni 1953 in der DDR können als weitgehend bekannt vorausgesetzt werden: die Unzufriedenheit in breiten Kreisen der Bevölkerung mit einigen Maßnahmen der Regierung, unter den Arbeitern vor allem mit einer angeordneten Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 Prozent, wurden von äußeren und inneren gegnerischen Kräften ausgenutzt, um in Berlin und in anderen Städten, vor allem in Großbetrieben der DDR, Streiks und Unruhen auszulösen.

Dass es sich bei den Organisatoren der Demonstrationen am 16. und 17. Juni nicht um „über die Normerhöhung empörte Arbeiter“ handelte, sondern um bewußte Provokateure, zeigte sich schon am 16. Juni daran, dass sie die bereits am Mittag des 16. Juni erfolgte Bekanntgabe der Regierung der DDR über die Zurücknahme der Normerhöhung noch am 16. Juni mit den Forderungen nach Generalstreik und Rücktritt der Regierung und am 17. Juni mit der Entfesselung von gewaltsamen Aktionen von Brandstiftungen bis zu bewaffneten Angriffen auf Polizei und staatlichen Einrichtungen beantworteten.

Alldem wurde am Mittag des 17. Juni durch die Verhängung des Ausnahmezustandes durch die sowjetische Militäradministration und den Einsatz sowjetischer gepanzerter Einheiten ein Ende bereitet.

Die Ereignisse dieser beiden Tage kamen für den weitaus größten Teil der Bevölkerung ebenso unerwartet und überraschend wie für die Regierung und für die Parteiführung.

Mit großer Bestürzung stellten sich alle loyal zu ihrem Staat stehenden Bürger und natürlich erst recht alle Mitglieder der SED die Frage, wie es geschehen konnte, dass so kurz nach der großen Aufbruchstimmung im Lande über die Verkündung des Übergangs zum Aufbau des Sozialismus ein solcher Rückschlag erfolgen konnte.

Genauer gefragt: wie konnte es dem Gegner gelingen, Teile der Arbeiter der DDR gegen die DDR, den Staat der Arbeiterklasse, aufzuhetzen? Berthold Brecht charakterisierte die Ereignisse mit den Worten: „*Unreife der Klasse, Fehler der Partei und das Aufbegehren des braunen Gestern.*“

Heinz Keßler, schon damals Mitglied des Zentralkomitees, stellt in seinem Buch „Zur Sache und zur Person“ (S.196 f.) fest: „*Fehleinschätzungen gab es ... in Bezug auf die*

Lage im eigenen Land. Da war einmal die immer vorhandene Neigung, die Entwicklung des Massenbewußtseins in der Bevölkerung zu überschätzen ... man unterschätzte die Langlebigkeit vieler alter Vorstellungen und Verhaltensnormen.“ Als eine weitere Fehlhaltung nennt Heinz Kessler: „Wir hielten zu lange an einer alten, vereinfachten und einschichtigen Vorstellung von der Arbeiterklasse fest.“

Dazu muss man wissen, dass der Kern der Industrie dieser frühen Jahre der DDR die Chemieindustrie war. Am Beispiel der Chemischen Werke Buna zeigen sich die typischen Probleme: Gebaut wurde das Werk zur Zeit des Faschismus, es gehörte zur IG Farben. Die Produktion begann 1937 – und alle Führungskader waren Mitglieder der NSDAP, die Belegschaft war politisch „handverlesen“. Während des Krieges gab es dort 6.000 Fremdarbeiter. 1945 gingen die Buna-Werke auf Grundlage der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz über die Reparationen in sowjetisches Eigentum über. Das sowjetische Interesse an einer schnellen Wiederaufnahme der Produktion und deren reibungslosem Funktionieren führte dazu, dass die alten Führungskräfte in großem Maßstab übernommen wurden. Die ausgefallenen Fremdarbeiter wurden ersetzt durch einige Tausend Umsiedler aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und eine extrem hohe Zahl von Arbeitskräften im Rahmen des Programms der „gesellschaftlichen Integration“: 2.500 ehemalige Nazis, Offiziere der Wehrmacht und der SS, Juristen, Lehrer etc. trugen nun alle „Arbeitskleidung“. Hier konnte man nicht mehr vom klassischen Proletariat sprechen, so wie wir es aus den 20er und Anfang der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts kannten, - und die Partei hatte es bei diesen neuen „Proletariern“ nicht leicht.

Trotzdem wurde dieser veränderten sozialpolitischen Struktur nach der Umwälzung 1945 nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet. Gerade sie war aber während der Ereignisse in Industrie-Zentren spürbar geworden. Die anfänglich von der Partei getroffene Wertung des 17. Juni als eines faschistischen Putschversuchs basierte auf den Erfahrungen des Ablaufs der Ereignisse und der Zusammensetzung der dabei führenden Kräfte. So hatte sich am 17. Juni 1953 in den Buna-Werken Schkopau ein selbsternanntes „Streikkomitee“ an die Spitze gestellt. Seine Zusammensetzung war interessant:

- Kurt S., tätig als Schlosser, Elektrowerkstatt, 34 Jahre alt, früher Offizier der faschistischen Kriegsmarine;
- Fritz W., tätig als Bote, Güterhalle, 45 Jahre alt, früher Mitglied der NSDAP, bis April 1945 leitender Mitarbeiter beim Buna-Werkschutz;
- Werner D., tätig als Schlosser, Carbidwerkstatt, 30 Jahre alt, früher Mitglied der NSDAP;
- Rudolf S., tätig als Autoschlosser, 28 Jahre alt, früher Mitglied einer SS-Standarte;

- Franz S., tätig als Meister, Technikum, 40 Jahre alt, von Mai 1945 bis 1946 (bis zur Vereinigung von KPD und SPD zur SED), Leiter der SPD-Gruppe im Buna-Werk.

Dieses selbsternannte „Streikkomitee“ war nie von der Belegschaft beauftragt, wurde nach wenigen Stunden von einem Offizier und fünf Soldaten der Sowjetarmee verhaftet.

Am 15. Juli 1953 kam es in den Chemischen Werken Buna erneut zu konterrevolutionären Streikaktionen. Durch Stilllegung des Karbidwerkes kam es kurzzeitig zum Erliegen der gesamten Produktion des Werkes. Aber auch hier brachen die Aktionen schnell zusammen.

Die antikommunistisch-imperialistischen Kräfte gaben die Ereignisse des 17. Juni 1953 als „Arbeiteraufstand“ aus und verliehen ihnen den Nimbus eines „nationalen Feiertages“. Aber das war kein „Arbeiteraufstand“. Insgesamt haben sich an den Aktionen nicht mehr als 5% der Werktätigen beteiligt. In zahlreichen Städten und Kreisen wurde normal gearbeitet. Besonders die Arbeiter der Grundstoffindustrie hatten hohes politisches Bewußtsein gezeigt, indem sie die konterrevolutionäre Provokation zurückwiesen.

So viel zu den objektiven inneren Problemen, die erst den Boden dafür bereitet hatten, dass das ungeschickte Vorgehen der Partei in der Frage der Normenerhöhungen so leicht vom Gegner ausgenutzt werden konnte.

Aber welche Umstände und Handlungen müssen nun insgesamt genannt werden, wenn die Frage nach den Ursachen für den 17. Juni 1953 gestellt wird?

Keinesfalls trifft zu, was durchgängige Behauptung bundesdeutscher „DDR-Spezialisten“ ist, nämlich, dass der 17. Juni die unausweichliche Folge des Beschlusses der II. Parteikonferenz zum Aufbau des Sozialismus in der DDR gewesen sei. Diese Melodie gehört zum Liederbuch der „Delegitimierer“ der DDR und des Sozialismus; sie wurde aber nach 1989 sehr rasch von wendehälsigen Ex-DDR-Historikern nachgesungen.

Die wirklichen Faktoren sind innere (s.o.) und äußere, die sich aber nicht sauberlich trennen lassen, weil sie in ständigem Wirkungszusammenhang standen.

Bei den äußeren Faktoren nimmt die Bundesrepublik und ihre auf die „Wiedergewinnung“ der „Ostzone“ ausgerichtete Politik der in ihr herrschenden imperialistischen Kräfte den ersten Platz ein - im Bündnis mit den USA und den anderen NATO-Mächten. Ihre Embargo-Politik und die Auswirkungen ihres Alleinvertretungsanspruches, der „Hallstein-Doktrin“ (bis zum Jahre 1973 brach die BRD zu jedem Staat die Beziehungen ab, der die DDR diplomatisch anerkannte), waren darauf gerichtet, die DDR ökonomisch und politisch zu isolieren und sie wirtschaftlich zu ruinieren.

Aber so groß die Übermacht ihrer Gegner war und so belastend diese ökonomische Kriegführung für die DDR auch war – das alles konnten den Bestand der DDR solange nicht gefährden, solange dem NATO-Bündnis das Bündnis der Warschauer-Pakt-Staaten mit der Sowjetunion an der Spitze einig und geschlossen zum Schutz der DDR und aller anderen sozialistischen Länder gegenüberstand.

Das änderte sich aber in unvorhersehbarer Weise, als, ausgehend von der Sowjetunion, ein Macht- und Kurswechsel im Lager der europäischen sozialistischen Staaten stattfand, in dessen Ergebnis die DDR sich feindlichen Angriffen nicht mehr nur vom Westen, sondern auch aus östlicher Richtung ausgesetzt sah, wenngleich die zunächst noch nicht als feindliche Angriffe zu erkennen waren, weil sie als Kritik der um die DDR besorgten Schutzmacht Sowjetunion vorgetragen wurden.

Dass solches zu Gorbatschows Zeiten geschah, das ist heute kaum noch bestritten. Aber dass zu den äußeren Faktoren, die 1953 zum 17. Juni in der DDR führten, nicht nur die BRD, sondern auch Maßnahmen der neuen Sowjetführung gehören, das ist nahezu unbekannt und muß deshalb hier etwas ausführlich berichtet werden.⁴

In der zweiten Hälfte des Jahres 1952 geriet die DDR in ökonomische Schwierigkeiten, die sich vor allem daraus ergaben, dass die DDR wegen der forcierten Aufrüstung der Bundesrepublik und deren bevorstehender Einbeziehung in das aggressive NATO-Bündnissystem ihrerseits mit dem Aufbau bewaffneter Verteidigungskräfte und mit deren Ausrüstung rascher beginnen musste, als bisher vorgesehen.

Da für diese zusätzlichen Aufgaben weder Material noch Arbeitskräfte noch Finanzmittel zur Verfügung standen, mussten bei anderen Posten des Wirtschaftsplanes beträchtliche Kürzungen vorgenommen werden, die auch zu empfindlichen Belastungen der DDR-Bürger führen mussten und natürlich auch zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Im Januar 1953 wandte sich deshalb das ZK der SED mit einem Schreiben an die Regierung der UdSSR, in dem im Einzelnen die Schwierigkeiten und Probleme der Planerfüllung dargestellt und die Führung der UdSSR gebeten wurde, zu überprüfen, ob eine Hilfe bei der Lösung der schwierigen Probleme nicht möglich sei.

Die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) empfahl daraufhin in mehreren Memoranden strenge Sparmaßnahmen, auch auf sozialem Gebiet zu Lasten der Bevölkerung. Die rigorosesten Empfehlungen (z.B. Streichung von Fahrpreisermäßigungen

⁴ Die Angaben dazu sind entnommen einem Artikel von Kurt Gossweiler, Hintergründe des 17. Juni 1953, in „Wider den Revisionismus, S.47-69“.

für Behinderte und Schwerbeschädigte und Ausschluß von Selbständigen aus der Kartenversorgung) erfolgten im April 1953.

Eine Maßnahme, die in der Arbeiterschaft auf großes Unverständnis und auf wachsenden Widerstand stieß und auf die sich die feindliche Propaganda vor allem stürzte und damit die stärkste Wirkung erzielte, war ein am 13./14. Mai vom Zentralkomitee der SED gefasster und vom Ministerrat am 28. Mai bestätigter Beschluß, die Arbeitsnormen bis zum 30. Juni 1953 um 10 Prozent zu erhöhen.

Diesem Beschluß vorausgegangen war eine monatelange, im Januar 1953 begonnene intensive Aufklärungskampagne in der Presse und im Rundfunk sowie in einer Vielzahl von Betriebsversammlungen in der ganzen Republik über die Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit dem Ziel, durch eine intensive Überzeugungsarbeit zu einer massenhaften durchgängigen freiwilligen Normerhöhung zu kommen. Zwar gab es nicht wenige Beispiele solcher freiwilliger Normerhöhungen, aber sie erreichten nicht den Massenumfang, der notwendig gewesen wäre, um die Arbeitsproduktivität in dem erforderlichen Maße zu erhöhen.

Es ist also keineswegs so, dass - wie heute immer zu lesen - die Führung von Anfang an den Weg bürokratischen Administrierens eingeschlagen hätte. Erst nachdem der Appell an die Freiwilligkeit nicht zum gewünschten (und ökonomisch auch notwendigen) Ergebnis geführt hatte, griff die Führung zum - aber auch jetzt falschen und verhängnisvollen - Mittel der „von oben“ ohne jede weitere Diskussion oder Verhandlung mit den Gewerkschaften angeordneten zehnpromzentigen Normenheraufsetzung.

Dadurch entstand eine Situation, die sehr günstig war für alle sozialismusfeindlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der DDR, und von diesen auch kräftig zu einer anti-kommunistischen regierungsfeindlichen Hetz- und Wühlarbeit ausgenutzt wurde.

Ihnen wurde im Frühjahr eine ganz unerwartete Hilfe zuteil.

Anfang Juni 1953 wurde die DDR-Führung nach Moskau zitiert, aber nicht etwa zu einer gemeinsamen Beratung über die besten Lösungen zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten, sondern zur Entgegennahme und Durchführung der von der neuen Moskauer Führung mit Chruschtschow und Berija an der Spitze bereits ohne jede Beratung mit den Genossen der DDR-Führung einseitig beschlossenen Maßnahmen.

Der DDR-Delegation – Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelssner – wurde ein Dokument überreicht, betitelt „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“. Darin wurde behauptet, dass „*infolge der Durchführung einer fehlerhaften politischen Linie*“ in der DDR „*eine äußerst*

unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden“ sei. Worin sollte die „fehlerhafte politische Linie“ bestanden haben?

In dem sowjetischen Dokument wurde eine völlig entstellte Darstellung der Lage in der DDR gegeben. Es wurde darin behauptet, auf der II. Parteikonferenz sei ein Beschluß „zum *beschleunigten Aufbau des Sozialismus*“ gefasst worden, und das sei falsch gewesen, weil dafür die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen gefehlt hätten.

Aber auf der II. Parteikonferenz war beschlossen worden, dass in der DDR „*die Grundlagen des Sozialismus*“ geschaffen werden; von „*beschleunigtem Aufbau des Sozialismus*“ war mit keinem Wort die Rede gewesen.

Im „Gesundungsbeschluß“ der neuen Moskauer Führung wurde ferner „*die Propaganda über die Notwendigkeit des Überganges der DDR zum Sozialismus*“ für falsch erklärt. Für falsch erklärt wurden auch alle - vorher von der sowjetischen Kontrollkommission mehr geforderten als empfohlenen und daraufhin von der DDR-Regierung beschlossenen - Sparmaßnahmen. Sie seien zurückzunehmen.

Besonders unbegreiflich waren die Forderungen des „Gesundungsbeschlusses“, die auf eine Liquidierung der Anfänge sozialistischen Eigentums in der Landwirtschaft hinausliefen. In der DDR könne „*unter den heutigen Bedingungen nur eine einfachere Form der Produktionskooperierung der Bauern, wie die Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Bodens, ohne dass die Produktionsmittel vergesellschaftet werden, mehr oder weniger lebensfähig sein.*“ Alle Genossenschaften seien zu überprüfen und gegebenenfalls aufzulösen.

Äußerst merkwürdig war auch, dass in diesem „Gesundungsbeschluß“ mit keinem Wort die Maßnahme erwähnt und ihre Rücknahme gefordert wurde, welche die Beziehungen der Partei und des Staates zur Arbeiterklasse am stärksten belastet hat – der Beschluß von Mitte Mai zur Normenerhöhung ab 1. Juni 1953.

Dieses merkwürdige Dokument läßt vermuten, dass es bei irgendwem in der neuen sowjetischen Führung ein Interesse gab, die SED-Führung und insbesondere ihren Generalsekretär Walter Ulbricht zum Sündenbock zu machen, um seine Stellung zu erschüttern. Eine solche Vermutung verstärkt sich, wenn man erfährt, wie es zu der unvermeidlich Volkszorn hervorrufenden Fassung des Kommuniqués vom 9. Juni 1953, mit dem ein „Neuer Kurs“ verkündet wurde, gekommen ist.

Der Verfasser des Kommuniqués war der Chefredakteur des Zentralorgans der SED, Rudolf Herrnstadt. Er selbst gab darüber folgenden Bericht:

„Am 10. Juni entwarf ich das ‚Kommuniqué vom 9. Juni‘. Je mehr ich versuchte, das Kommuniqué in der (vom sowjetischen ‚Hohen Kommissar‘ Wladimir Semjonow, d.

Verf.) aufgetragenen Weise zu schreiben, desto klarer wurde mir, dass es in der vorgesehenen Form eine nicht zu verantwortende Chocwirkung in der Partei und in der Öffentlichkeit hervorrufen müsse. Es erwies sich als unmöglich, die wichtigsten, von der Partei soeben ein Jahr hindurch gegen unzählige Widerstände als allein richtig verteidigte Maßnahmen kurzerhand, d.h., unter Verzicht auf eine fundierte Begründung, zu widerrufen – ohne die Partei zu desorientieren und zu erbittern und dem Gegner die Flanke zu öffnen.“

Herrnstadt bat deshalb um ein Gespräch mit Semjonow, dessen Verlauf er so wiedergibt:

Herrnstadt: *„Ich, Genosse Semjonow, ich bin zwar der Verfasser des Kommuniqués, aber ich möchte gegen seine Veröffentlichung protestieren.“*

Semjonow: *„Warum?“*

Herrnstadt: *„So darf man den Kurswechsel nicht einleiten. Das Kommuniqué kann nur Verwirrung stiften.“* Das führte ich näher aus.

Semjonow: *„Das Kommuniqué muss morgen in der Zeitung stehen.“*

Herrnstadt: *„Ich entnehme Ihren Worten, dass eine diesbezügliche Anweisung vorliegt. Wenn das der Fall sein sollte – ginge es nicht, dass Sie in Moskau darlegen, warum es zweckmäßig wäre, die Anweisung zu verändern? Geben Sie uns 14 Tage, und wir können den Kurswechsel so überzeugend und fortreißend begründen, dass wir mit ihm in die Offensive gehen und nicht der Gegner. ... Er enthält doch alle Elemente dafür, aber die Elemente können sich ins Gegenteil verwandeln, wenn wir den Start verpfuschen!“*

Darauf antwortete Genosse Semjonow sehr scharf und von oben herab:

„In 14. Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben!“⁵

So erschien also das Kommuniqué am 11. Juni 1953 und tat genau die von Herrnstadt vorausgesehene Wirkung: es rief *„eine nicht zu verantwortende Chockwirkung in der Partei und in der Öffentlichkeit“* hervor, es *„desorientierte und erbitterte die Partei“* und *„öffnete dem Gegner die Flanke“*.

Im Kommuniqué wurden, eingeleitet mit der Erklärung, *„seitens der SED und der Regierung der DDR“* seien in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen worden, und ohne jede weitere Begründung wurden alle jene Maßnahmen - bis auf

⁵ Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument. Herausgegeben von Nadja Stultz-Herrnstadt, Reinbek bei Hamburg, 1990, S.72-74

eine - zurückgenommen, die von der Partei und ihren Mitgliedern all die Monate vorher als notwendig und unverzichtbar verteidigt worden waren.

Die einzige Maßnahme, die nicht zurückgenommen, ja nicht einmal erwähnt wurde, war eben jene, die gerade die Arbeiterklasse traf und dort den stärksten Unwillen, aber auch den stärksten Willen zum Widerstand hervorrufen mußte und hervorgerufen hatte – der Beschluß zur zehnpromzentigen Normenerhöhung!

Das Kommuniqué machte es also den Gegnern leicht, für die von ihnen verbreitete Losung: „*Wer solche Fehler zugelassen hat, muß zurücktreten!*“ eine günstige Aufnahme zu erreichen. Es wirkte wie der auslösende Funke bei Waldbrandgefahr.

Dem damit tatsächlich ausgelösten Brand wurde am Mittag des 17. Juni durch die Verkündung des „Ausnahmestandes im sowjetischen Sektor von Berlin“ durch den sowjetischen Militärkommandanten und das Eingreifen der Sowjetarmee ein rasches Ende bereitet.

Mit den Ereignissen des 16. und 17. Juni beschäftigten sich zwei Tagungen des ZK der SED, das 14. ZK-Plenum am 21. Juni und das 15. Plenum vom 24.-26. Juli 1953.

Der Verlauf des 15. Plenums bestätigt die Vermutung, dass ein oder mehrere Mitglieder der neuen KPdSU-Führung die Schwierigkeiten der SED-Führung in der DDR dazu benutzen wollten, Walter Ulbricht zu stürzen und durch einen ihnen genehmen Mann zu ersetzen.

Auf diesem Plenum kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Frage der Ursachen für die Unruhen und zu Angriffen einiger Teilnehmer auf Walter Ulbricht als dem, wie sie behaupteten, Hauptverantwortlichen für eine „falsche Politik“, deren Ergebnis der 17. Juni gewesen sei. Mit dieser Beschuldigung traten Wilhelm Zaisser, Leiter des Ministeriums für Staatssicherheit, und Rudolf Herrnstadt auf. Sie schlugen vor, die Parteiführung zu ändern; nach dem Vorschlag Zaisers sollte Herrnstadt Walter Ulbricht als 1. Sekretär ablösen. Zaisser selbst wollte selbstverständlich das Ministerium für Staatssicherheit weiter in der Hand behalten.

Herrnstadt brachte den Entwurf einer EntschlieÙung ein, in dem er die „Erneuerung der Partei“ forderte. Es hieß in dieser EntschlieÙung ferner, die Partei müsse der Diener der Massen sein, nicht ihr Führer. Die SED solle umgewandelt werden in eine Volkspartei aller Klassen.

Der Anschlag misslang gründlich. Zum einen, weil Herrnstadt und Zaisser im ZK keine Mehrheit erhielten, zum anderen, weil Zaisers Beschützer und wohl auch Auftraggeber, sein ihm übergeordneter sowjetischer Minister für Inneres und Staatssi-

cherheit, Berija, in Moskau - gerade am letzten Tag des SED-ZK-Plenums, am 26. Juli, - verhaftet und aller seiner Ämter enthoben wurde⁶.

Mit der Zurückweisung des Herrstadt-Zaisser-Vorstoßes und mit den Beschlüssen des 15. ZK-Plenums der SED zur Überwindung der Folgen des 17. Juni und zur Realisierung der Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung war der Grund gelegt worden für die Konsolidierung der Partei und der DDR.

Der 17. Juni 1953 ist ein Ereignis der Geschichte der DDR, aber er ist viel mehr. Er ist auch ein Bestandteil der Geschichte der sozialistischen Staatengemeinschaft und darüber hinaus ein Geschichte der kommunistischen Weltbewegung, und dazu noch

⁶ Berija war aber ganz offensichtlich der Inspirator und sowjetische Rückhalt für den Vorstoß der beiden gewesen. Nicht nur, dass Zaisser durch seine Funktion engstens mit Berija verbunden war; das traf vielmehr auch auf Herrstadt zu. Er war – was keineswegs gegen, sondern für ihn spricht, – während seiner Emigration in der Sowjetunion Mitarbeiter des Ministeriums für Innere Sicherheit. Aber es band ihn auch an dessen Chef Berija und machte ihn - ebenso wie Zaisser - zu dessen Vertrauten und Handlungsgehilfen in der Situation um den 17. Juni.

Berija aber war in der neuen Führung nach Stalins Tod derjenige, der – nach dem Zeugnis Molotows - in der Beratung, deren Ergebnis jener oben erwähnte „Gesundungsbeschuß“ war, die DDR als sozialistischen Staat ablehnte.

Molotow berichtete seinem Freund und Interviewer Felix Tschujew über diese Beratung der neuen „kollektiven Führung“ – Berija, Chruschtschow, Malenkow und Molotow -: *„Beraten wurde die deutsche Frage. Wir schrieben im Vorschlag des Außenministeriums: ‚Keine forcierte Politik des Aufbaus des Sozialismus in der DDR durchführen‘. Berija aber schlug vor, das Wort ‚forcierte‘ zu streichen, ... so dass herauskommen würde: ‚Keine Politik des Aufbaus des Sozialismus in der DDR durchzuführen.‘ Wir fragten: ‚Warum das?‘ Er antwortete: ‚Weil wir nur ein friedliches Deutschland brauchen, ob dies nun sozialistisch ist oder nicht, kann uns egal sein.‘ ... Berija bestand darauf: es sei unwichtig, ob die DDR zum Sozialismus geht oder nicht, wichtig sei, dass sie friedlich sei.“*

Molotow trat dagegen mit der Erklärung auf, dass es sehr wichtig sei, *„welchen Weg die DDR beschreitet, sie sei ein hochentwickeltes kapitalistisches Land im Zentrum Europas, und obwohl nur ein Teil Deutschlands, hänge von ihr vieles ab. Deshalb müsse fester Kurs auf den Aufbau des Sozialismus gehalten werden, jedoch ohne sich zu übereilen.“*

Malenkow nahm in diesem Streit eine schwankende Haltung ein, daher kam es in dieser Frage darauf an, auf welche Seite sich Chruschtschow stellen würde. Zu Molotows Überraschung gab er seine Stimme für ihn, Molotow, ab.

(Der Bericht Molotows über diese Beratung über die deutsche Frage ist enthalten in: Felix Tschujew, 140 Gespräche mit Molotow, (russ.), Moskau, Terra Verlag, 1991, S.332-336, Gesprächs-Aufzeichnungen vom 31. 7. 1972, 6.6. 1973, 29. 4. 1982).

ein sehr bedeutsamer. Er ist nämlich das Eröffnungs-Glied einer Kette von Ereignissen, die - rückschauend betrachtet - Glieder eines fortschreitenden Prozesses der Zersetzung und Auflösung der einst festgefügt und unbesiegbaren sozialistischen Staatengemeinschaft und der kommunistischen Weltbewegung waren.

Als weitere wichtige Glieder dieser Kette folgten:

1955 die Versöhnung und Total-Rehabilitierung Titos durch Chruschtschow – was die Schutzimpfung der kommunistischen Parteien gegen das Gift des Revisionismus durch den Beschluß des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1948 unwirksam machte.

Februar 1956 – der XX. Parteitag der KPdSU, der Parteitag der Implantierung des Revisionismus-Bazillus in die kommunistische Weltbewegung. Die führende Partei der kommunistischen Weltbewegung und das Geburtsland der Weltrevolution, das Land Lenins, ist damit zum Leitzentrum des modernen Revisionismus geworden.

Oktober 1956: Wahl des Nationalisten und Revisionisten Gomulka zum 1. Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Damit ist der Zweibund revisionistischer Staaten – Jugoslawien, Sowjetunion, - zum Dreibund angewachsen.

23. Oktober 1956: Beginn der Konterrevolution in Ungarn.

25. Oktober 1956: Imre Nagy Ministerpräsident Ungarns, - auf gemeinsames Betreiben von Chruschtschow und Tito. Die Konterrevolution wütet weiter.

1. November 1956: Imre Nagy erklärt Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und Neutralität Ungarns und fordert den Westen zum Schutz der ungarischen Neutralität auf.

4. November 1956: Endlich – nach langem Gewährenlassen der Mordorgien der Konterrevolution – greifen die im Lande stehenden Einheiten der Sowjetarmee ein und schlagen die Konterrevolution nieder.

4. November 1956: Janos Kadar - bis zu diesem Tage enger Verbündeter Imre Nagys - bricht nun mit ihm und bildet - offenbar in Absprache mit sowjetischen Stellen - eine „revolutionäre Gegenregierung“, der er als Ministerpräsident vorsteht. Mit der Kadar-Regierung in Ungarn ist aus dem revisionistischen Dreierbund ein Viererbund geworden.

11. November 1956: Tito-Rede in Pula. Er bestätigt die Zusammenarbeit mit den „guten Elementen“ in der KPdSU gegen die „Stalinisten“ und legt seine Vorstellungen über das weitere Vorgehen dar, um das Ziel zu erreichen, in allen kommunistischen Parteien das jugoslawische Modell als Vorbild durchzusetzen.

November 1957: Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien. Den antirevisionistischen Kräften - mit der KP Chinas und Albaniens an der Spitze - gelingt es, eine Verurteilung des modernen Revisionismus als der Hauptgefahr in der kommunistischen Bewegung in das Abschlusdokument hineinzubringen. Um das zu erreichen, gehen sie aber auf die Kompromißlösung ein, keinen Widerspruch zu erheben dagegen, dass der XX. Parteitag und seine Beschlüsse als richtig und richtungweisend für alle kommunistischen Parteien bezeichnet werden, und dass die Verurteilung des modernen Revisionismus nur allgemein bleibt, ohne Nennung von „Adresse und Hausnummer“ – so können also alle zustimmen, auch Chruschtschow, Gomulka und Kadar.

November 1960: Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Die Abschlusserklärung geht in der Verurteilung des modernen Revisionismus noch weiter, als die von 1957, indem sie direkt die jugoslawische Partei beim Namen nennt. Das war unausweichlich, nachdem sie auf ihrem Parteitag in Ljubljana (Laibach) ihre revisionistischen Positionen offensiv in ein neues Programm schrieben. Aber bereits im Juni 1960 begann die Chruschtschow-Führung das damals größte Verbrechen am Sozialismus und an der kommunistischen Weltbewegung vorzubereiten - den Bruch mit der Volksrepublik China.

1959: Chruschtschows Vertrauenswerbung für den USA-Präsidenten und Mörder von Ethel und Julius Rosenberg, Eisenhower.

24.-26. Juni 1960: III. Parteitag der Arbeiterpartei Rumäniens. Auf diesem Parteitag beginnt Chruschtschow in seiner Rede eine Hetzkampagne gegen die Volksrepublik China.

Juli 1960: die Sowjetregierung zieht plötzlich und einseitig alle in China tätigen sowjetischen Fachleute zurück und bricht damit Hunderte von Abkommen.

Für August 1964 war eine Konferenz kommunistischer Parteien von Chruschtschow einberufen worden. Sie sollte in Jalta stattfinden und eine für Dezember 1964 vorgesehene Konferenz vorbereiten, auf der - nach dem Plan Chruschtschows - die endgültige „Ausstoßung“ der KP China aus dem Kreis der Kommunistischen Parteien beschlossen werden sollte. Zu dieser Jalta-Konferenz war auch Palmiro Togliatti angereist, der ein Memorandum vorbereitet hatte, in dem er heftig der Absicht widersprach, die KP Chinas zu „exkommunizieren.“ Er schrieb in diesem Memorandum: *„Die Einheit aller sozialistischen Kräfte...gegen die reaktionärsten Gruppen des Imperialismus, auch über ideologische Grenzen hinweg, ist eine unabwiesbare Notwendigkeit. Man kann sich nicht vorstellen, dass aus dieser Einheit China und die*

chinesischen Kommunisten ausgeschlossen werden könnten.“ Und Togliatti nannte die Richtung, in die Chruschtschow die kommunistischen Parteien gegen China zu drängen suchte, (ohne den Namen Chruschtschows zu erwähnen,) *„eine Richtung, die jener entgegengesetzt ist, welche notwendig ist.“* Bekanntlich konnte Togliatti sein Memorandum nicht vortragen, weil er - bereits auf der Krim - unerwartet und plötzlich vor Beginn der Konferenz verstarb. Es wurde dann als sein politisches Testament veröffentlicht und bekannt. Die geplante Jalta-Konferenz fand nicht statt.

16. Oktober 1964: Chruschtschow abgesetzt! Das hätte der Wendepunkt zur Wiedergesundung der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung, zur Austreibung des Revisionismus aus allen bisher eroberten Positionen sein können, und wurde von nicht wenigen Kommunisten, die Chruschtschow mißtraut hatten, auch dafür gehalten. Dazu wäre aber notwendig gewesen, einen radikalen Bruch mit der Politik der KPdSU-Führung seit dem Tode Stalins zu vollziehen und ausführlich zu begründen, weshalb das notwendig war. Das aber unterblieb. Als Grund der Absetzung wurden lediglich Gesundheitsgründe und als schwerster Vorwurf – „Subjektivismus“ genannt. Es blieb aber dabei, dass der XX. Parteitag und der „Kampf gegen den Personenkult um Stalin“ ihm als Verdienste angerechnet wurden. Es blieb also auch dabei, dass die KPdSU ihre Mitglieder und die ganze Bevölkerung nicht nur nicht vom Revisionismus geheilt hat, sondern dass der Revisionismus ihnen unter Breshnews Regime weiterhin, wie unter Chruschtschow, tagtäglich als die wahre Lehre von Marx, Engels und Lenin vorgesetzt wurde.

So waren denn der Aufstieg eines Gorbatschow und schließlich eines Jelzin an die Spitze von Partei und Staat und die Auflösung der Sowjetunion und das Ende aller sozialistischen Staaten Europas die folgerichtigen Endglieder einer Kette, die mit dem 17. Juni 1953 als scheinbar lokalem Ereignis der kleinen DDR als erstem Glied begann. Und der 17. Juni 1953 in der DDR war eben wegen des ursächlichen Zusammenhanges mit dem Machtantritt der neuen Führung in Moskau weit mehr als ein lokales DDR-Ereignis, nämlich ein Symptom dafür, dass das Zentrum der sozialistischen Staatengemeinschaft von einer Krankheit, einer Art Leukämie befallen war, einer Krankheit, die systematisch alle roten Blutkörperchen abtötet und zum völligen Verfall des Organismus führt, wenn kein Mittel gefunden wird, ihr Einhalt zu gebieten. Es wurde damals nicht gefunden, weil die Krankheit nicht erkannt wurde und größtenteils noch immer nicht erkannt wird. Umso notwendiger, diese Kenntnis hartnäckig zu verbreiten, denn sie muß Allgemeingut werden, soll eine Wiederholung ausgeschlossen werden.

Kurt Gossweiler, Dieter Itzerott

Bestandsaufnahme: Friedensbewegung und PDL

Irene Eckert: Zum Ostermarsch 2013



Schluß mit der Kriegspolitik – 100 Jahre sind genug !

Vom Eise befreit⁷ wird der Blick zurück eine bessere Zukunft bahnen helfen.

⁷ „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche durch des Frühlings holden belebenden Blick, im Tale grünet Hoffnungsglück...“ (Faust I, Johann Wolfgang von Goethe)

1913 Am 29. Juni verabschiedet der Reichstag die von der Regierung eingebrachte „Wehrvorlage“. Die Erhöhung der „Friedenspräsenzstärke“ auf 661.478 Mann wird durchgewunken. Kaiser Wilhelm II. feiert demagogisch sein 25. Amtsjubiläum als „Friedenskaiser“. Seit 1870 sichert die lange kriegsfreie Zeit in Europa stetigen Aufschwung, zumindest für Deutschland. Kunst und Kultur treiben ungeahnte Blüten.⁸

Es ist der letzte Sommer vor Beginn des großen Völkermordens.

Seither hat sich das Kriegsgewölk an den bleiern Himmeln des Nordens immer mehr verdichtet.

Die Menschheit verfügt aber seither über ein großartiges Dokument. Es verpflichtet die Staaten darauf, sich nurmehr im Geiste der Brüderlichkeit zu begegnen. Selbst auf die Androhung von Gewalt geloben die Nationen fürderhin feierlich zu verzichten. Der völkerverbindende Geist der UN-Charta ist ein wichtiger Wegweiser in eine bessere Zukunft.

Wenn aber immer wieder gegen Geist und Buchstaben der Charta verstoßen wird, so muss das den friedliebenden 99% der Weltbevölkerung Anlass für Zweifel an der uns verordneten Geschichtsdeutung sein. Bürsten wir die uns überlieferte Historie also einmal gegen den Strich, legen wir die Gemeinplätze beiseite. Ein Paradigmenwechsel wird uns neue Handlungsspielräume und Horizonte eröffnen. Nur ein frischer Wind vermag dem unweigerlich in die Katastrophe führenden Rüstungswahnsinn noch Einhalt zu gebieten.

Wesen und Ursache des Krieges erkennen

Zum Kriege treibt der profithungrige Kampf um Rohstoffe und Einflussphären. Schon zu des 1. Weltkrieges war das **Öl** wesentliches Treibmittel. Damals schon weckte der ölreiche Iran große Begehlichkeiten. Die britischen Konzerne etablieren im Iran die APOC, die spätere BP. Ein britisches Konsortium schließt jetzt Abadan, die größte Einzelraffinerie ihrer Zeit, an die Pipeline an. Die APOC investiert auch im Irak und in anderen Teilen des Iran. Ein Vorteil für das iranische Volk wird nicht sichtbar.

Die kolonial unterdrückten Völker werden zum Thema „Verteilung ihrer Ressourcen“ so wenig gefragt wie die Verteilung von Reichtum im Mutterland zur Disposition steht. Jetzt melden aber die Völker immer vernehmlicher ihre Stimme an. Gandhi ist nach erfolgter Lehrzeit im Ausland nach Indien zurückgekehrt, der indische Dichter

⁸ Siehe das kulturpolitische Panorama von **Florian Illies** „1913 – der Sommer des Jahrhunderts“, S. Fischer, Frankfurt am Main 2012. Zu hinterfragen bleibt das übliche Klischee Hitler = Stalin. Die Figur Hitler zeichnet er verniedlichend.

Rabindranath Tagore erhält als erster Nichteuropäer den Literaturnobelpreis, Mao Zedong ist 30 Jahre alt.

Es gibt immer Alternativen zum Krieg

Auf allen Kontinenten finden sich zu allen Zeiten kluge und kreative Menschen, die Alternativen zu kriegerischen Lösungen vortragen. Solche Alternativen liefert seit Beginn der modernen Arbeiterbewegung vor allem die Sozialdemokratie. Sie ist als geschichtsbildende Kraft angetreten, um das Anliegen der großen lohnabhängigen Menschengemeinde weltweit zu vertreten. Sie bringt die entschiedensten kriegsoppositionellen Denker hervor. Diese vermögen Menschenmassen zu mobilisieren. Nur diese haben schließlich das Potential, Kriege zu verhindern. Ihnen entgegen stehen die kleinen aber fest zusammengeschmiedeten Kreise, die am Kriege immer und überall verdienen. Daher verfallen sie ihrer Natur gemäß auf gerissene Tricks, um Rüstung und Raubkrieg als unabwendbare Übel oder gar als „Weg zur Sonne“⁹ erscheinen zu lassen.

Relativer Wohlstand verleitet zum Opportunismus

1913 stirbt der Antimilitarist und Kriegsgegner August Bebel. Er kannte und durchschaute die Schliche des Kapitals. Die zum Kriege treibenden Aufrüstungspolitiker, handelnd im Namen der Ruhrkonzerne, können sich nun die Hände reiben. Führende Theoretiker der Partei der Arbeit übersehen, nachdem der große Alte nicht mehr ist, die Menetekel an der Wand. Der relative Wohlstand im Kaiserreich trübt so manchen Blick auf traurige Tatsachen. Die durch Kanonenbootpolitik abgesicherte koloniale Ausplünderung fremder Länder wird von den meisten ausgeblendet. Das Bewusstsein für die eigene Ausbeutung verblasst. Die Mehrheit der arbeitenden Menschen lässt sich durch parlamentarische Illusionen jetzt täuschen und fällt schließlich auf die Befreiungslügen herein. Diese sind allerdings nötig, um die Kriegsskepsis der Massen am Ende gar in Kriegsbegeisterung zu verwandeln.

Der uralte Mythos vom „Befreiungskrieg“

Aufklärung über die interessengelenkten Triebkräfte der Geschichte, Einblicke in die Spiele der Mächtigen, hätten selbstverständlich den Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Kriegspolitik unüberhörbar und unüberwindbar gemacht. Die Profitgeier wissen um dieses Widerstandspotential. Sie wissen, dass die Steuergroschen der vielen kleinen Leute den Krieg finanzieren. Auch würden deren Leiber auf den künftigen Schlachtfeldern als Kanonenfutter gebraucht. Dem dagegen zu erwartenden Wider-

⁹ Die kaiserliche Kolonialpolitik sollte ja „Deutschland einen Platz an der Sonne“ sicherstellen.

stand der kleinen Krauter und Staatsdiener, vor aber allem dem der lohnabhängigen Massen, muss daher frühzeitig der Wind aus den Segeln genommen werden. Parlamentarier-Privileg, Einfluss- und Vorteilsnahme, alles schlägt dafür zu Buche. Zutropfen kommt den Herren auch die angewachsene Arbeiteraristokratie. Ganz oben aber in der Trickkiste liegt der Mythos von der 'gemeinsamen Sache', der Sache der 'Befreiung unterdrückter Völker' für die gefochten werden soll. Wer mag da müßig beiseite stehen?

Kapitalismus und Krieg - zwei Seiten einer Medaille

Im zaristischen Russland, wo die Repression der Völker besonders brutal war, weisen andererseits Sozialdemokraten den richtigen Weg zur endlichen Überwindung des Krieges. Aufrechter Gang, Unbeugsamkeit revolutionärer Führungspersönlichkeiten, Wissen vor allem um die Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze bilden die unverzichtbare Voraussetzung. Bis heute beinhaltet Iljitsch Uljanow Lenins Schrift „Was tun“ Wegweisendes. Sie zeigt, wo auch heute immer noch anzusetzen ist. Nach Kriegsbeginn erscheint seine Schrift vom „Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus“ und liefert weiteres wertvolles Handwerkszeug. Ein Meilenstein auch die „Zimmerwalder Konferenz“. Von der neutralen Schweiz aus wird dort im Jahre 1916 der Krieg als Ausdruck des Kapitals gekennzeichnet.

Diese Einsicht legt zwingende Konsequenzen nahe. Der Frieden muss erkämpft werden durch ein klares „Nein“ zu den Kriegskrediten. Eine Absage an die Politik des 'Burgfriedens' ist überfällig. Die verlogene Kaiserlösung¹⁰ hatte 1914 hinweggetäuscht über die klaffenden Gegensätze im Lande und so die Interessen der Kriegsgewinnler an Rhein und Ruhr vorzüglich bedient. Die diesen gegenüber kapitulierende SPD-Reichstagsfraktion hatte folglich den Kriegskrediten einmütig zugestimmt. Das Einknicken vor dem Feinde, geschuldet auch der analytischen Schwäche der Arbeiteropposition, war vor allem doch das Ergebnis des Kleinmuts ihrer wichtigsten Führer. Diese bis in die Gegenwart hinein folgenschwere Haltung ist unbedingt zu verurteilen. Wurden doch durch eine solche opportunistische Haltung die Massen geblendet. Nuncmehr orientierungslos folgten sie einer Freiheit verkündenden, Einheit summenden, realiter aber kriegsdienlichen Propagandamelodie willig auf die Schlachtfelder. Die einfachen Leute durchschauten ja nicht, dass die Töne falsch waren, die da lockten. Sie

¹⁰ „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Zum Zeichen dessen, dass Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Stammesunterschiede, ohne Konfessionsunterschied durchzuhalten mit mir durch Dick und Dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geloben.“ Thronrede des Kaisers am 14. August 1914

wussten nichts vom Konzept der rohstoffhungrigen Rüstungsindustrie. Das Einheitsgesäusel verkleistert seither den tiefen Riss, der immer noch durch die eigene, unfreie Gesellschaft geht. Zur Befreiung vorgesehen waren, damals wie heute, allein die Anlagosphären und die unermesslichen Rohstofflager im weiten Russland und anderswo, keineswegs aber dort lebende Menschen.

Die befreiende Losung: „Brot und Frieden“

Unterdessen wirkten im vermeintlichen Feindesland schon fleißig die Kräfte der Selbstbefreiung. Eigene Kraftanstrengung und organisiertes Handeln würden bald zur Abschüttelung des zaristischen Jochs und zum Aufbau einer egalitären Gesellschaft führen. Keiner bewaffneten Intervention von außen bedurfte es, ganz im Gegenteil.

Das zerschundene Russland verkündet im November 1917 als erstes Dekret: „Frieden!“ Damit wurde für alle Menschen der Weg sichtbar, der über Krieg und Gewalt hinausführt.

Die Parole der Bolschewiki „Brot und Frieden“ war auf weit offene Ohren gestoßen. Sie hat die Menschen geradezu elektrisiert und zum Neubeginn motiviert.

1923 Vier Jahre nach dem Roten Oktober sind in Sowjetrußland nun auch die Interventionskriege zurückgeschlagen. 18 Staaten an der Zahl waren beteiligt. Alte und aufstrebende Kolonialmächte hatten Hand in Hand den Krieg gegen das neue Russland finanziert, organisiert und an allen Fronten geführt. Es waren wieder jene Mächte am Werk, für die 'der Krieg einer Badekur gleicht'¹¹. Diese Mächte sehen im Aufbau einer alternativen Gesellschaftsordnung keinen Nutzen. Von solchen Kräften wird der Bürgerkrieg geschürt. Ein kollektiver, starker Wille überwindet auch diese Unheilstifter. Von nun an nennt sich das große Land stolz „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“. Es kann sich unter einer volksfreundlichen, gemeinschaftlichen Führung endlich erholen.

Auch bei uns zu Hause hätte das Krisen- bzw. Revolutionsjahr 1923 durchaus eine Wende zum Guten bringen können. Der Kurs der Weltpolitik wäre dadurch in konstruktiver Richtung umgesteuert worden. Aber die kriegsmüden Menschen hierzulande, demoralisiert von Ruhrkampf und Hyper-Inflation, lassen sich, nachdem erst einmal ihre wichtigsten Führer ermordet sind¹², weiter aufhetzen gegen den falschen Feind. Wieder versagt, kopflos geworden, die deutsche Sozialdemokratie. 1919 lässt Gus-

¹¹ Paul von Hindenburg: „Der Krieg bekommt mir wie eine Badekur!“

¹² „Schlagt ihre Führer tot!“, hatte die Reichwehr plakatieren lassen, gemeint waren in erster Linie die Kriegsgegner Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

tav Noske gnadenlos auf demonstrierende Arbeiter schießen. Die Rüstungslobby baut inzwischen bereits den Reichwehrspion Hitler zu ihrem Lockvogel auf, da der Glanz der kollaborierenden Sozialdemokratie am Verblassen ist. Noch scheitert allerdings der Hitler-Ludendorff-Putsch¹³ in München. Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert schickt unterdessen Reichwehrtruppen gegen die Arbeiterfront-Regierung in Sachsen.

Aber die Armee kann den revolutionären Funken nicht gänzlich austreten. Die KPD erstarkt. Die Antikriegsbewegung fordert lautstark „Krieg dem Kriege“ und mobilisiert Massen. Der deutsche Gewerkschaftsbund gibt einen gleichnamigen Bildband der Käthe Kollwitz heraus, Tucholsky schreibt seine berühmten Antikriegsgedichte. Die den Krieg hervortreibenden Kräfte bleiben in der Losung allerdings unbenannt.



¹³ General Erich Ludendorff ist einer der einflussreichsten deutschen Männer im Ersten Weltkrieg. In der Obersten Heeresleitung der zweiten Kriegshälfte trägt zwar Paul von Hindenburg den Titel des Generalfeldmarschalls und Ludendorff ist nur sein Stabschef, aber vor allem Ludendorff zieht die Fäden.

Das neue Russland weist weiter den Weg

In der UdSSR nimmt unterdessen Friedenspolitik konkrete Gestalt an. Die erste Sowjetverfassung tritt 1923 in Kraft, die demokratischste Verfassung der Welt. Jetzt geht es dank der Fünfjahrpläne in raschen Schritten vorwärts. Das Land blüht auf, während sich im Rest der Welt die kapitalistische Krise gefährlich zuspitzt.

Es wäre durchaus möglich gewesen, dem Land mit dem neuartigen Gesellschaftsmodell in friedlicher Absicht die Hand zu reichen. Der Rapallo-Vertrag von 1922 veranschaulicht solche Perspektiven. Aber kapitale Kreise fürchteten um ihre Vormachtstellung im friedlichen Wettbewerb. Das Beispiel Sowjetunion darf auf keinen Fall Schule machen. Die Rüstungsschmiede schmieden daher langfristig angelegte Pläne von so ungeheurer Art, dass sie am Ende die Wachsamkeit der Gegenkräfte listig überwinden können. Zu ihren Winkelzügen gehört Diversions, das Schüren von Illusionen, die unmittelbare Unterwanderung und die Politik der Attentate. Selbst bürgerliche Politiker wie Matthias Erzberger (Zentrum) und der facettenreiche Industrielle Walter Rathenau (DDP) fallen solchen Mordattacken zum Opfer.

Aus der keinesfalls unabwendbaren Entwicklung sind natürlich wichtige Lehren zu ziehen. **„Die lohnabhängige Bevölkerung besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation“**¹⁴ verkündet Wladimir Iljitsch Lenin schon 1904. Diese Erkenntnis gilt immer noch. Nichts daran ist überholt. Die dort kristallisierte Erfahrung ist nur eben heutigen Erfordernissen gemäß anzuwenden.

Fester Zusammenschluss und erhöhte Wachsamkeit tun not. Persönlichkeiten mit Führungsqualitäten müssen herangebildet werden. Menschen mit Wissen und Opferbereitschaft werden gebraucht. Demokratische Verfahrensweisen bedürfen der Wertschätzung. Dazu gehören Protokollführung und Rechenschaftslegung. Solche prozessualen Vorgehensweisen gehören an die Stelle stiller Übereinkünfte in zufälligen Zirkeln. Die stigmatisierende Ausgrenzung einzelner muss aufhören. An ihrem Einsatz für die Sache sind Menschen zu messen. Kurzum, das Gemauschel ist einzustellen. Wissen, vor allem fundiertes historisches Wissen, bedarf wieder der Würdigung. Es bedarf dazu solcher, die es sich aneignen und weitergeben und jener, die es bereitwillig aufgreifen. Schließlich gilt es, raffiniert gestrickte Feindbildschemata auszumachen und ihre Funktion aufzuzeigen. Tapferkeit und Unbeugsamkeit gegenüber skrupellosen und ruinösen Kraftzentren werden gebraucht.

¹⁴ Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei zurück“

Sämtlichen militärpolitischen Abenteuern und allen neuen Rüstungsvorhaben ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Jeglichen Versuchen gewaltsamer und militärpolitischer Art, in anderen Ländern für Demokratie und Menschenrecht zu sorgen, muss die argumentative Grundlage entzogen werden. Falsche Feindbildfixierung hindert uns daran, die feindlichen Kräfte im eigenen Land zu sehen, die vor unser aller Augen ihr Unwesen treiben. Totschläger sind gefährlich und müssen verurteilt werden. Das gilt um so viel mehr noch für Kriegstreiber. Jene Kräfte, die Menschenrecht und Demokratie nur als Maskerade für ihre durchsichtigen Zwecke vor sich hertragen, müssen angeprangert werden. Gegen sie muss man kämpfen.

Auf das beste Erbe der demokratischen und Arbeiterbewegung müssen wir uns also besinnen. Daraus erwachsen uns Ideenreichtum, Mut, Kraft und Perspektive. Lesen wir das befleckte Erbe aus dem Schmutz auf, in den es getreten wurde. Beseitigen wir die schmähhlichen Verunreinigungen, die ihm zugefügt wurden.

Über den Kapitalismus hinaus denken und handeln

Andererseits gilt es aus vergangenen Fehlern nach vorne gerichtet zu lernen, was aber natürlich nicht heißen kann, nach der Pfeife des Kapitals zu tanzen.

Positiv und visionär müssen wir denken und vor allem in großen Zeiträumen.

Eines ist ja überdeutlich und für jedermann heute offenkundig: Das Gesellschaftsmodell des Westens, die einst kulturstiftende Kraft des Kapitalismus, hat auf der ganzen Linie versagt und ist am Ende seiner Möglichkeiten.

Anderen Orts erwachsen neue, nicht zu unterschätzende Kräfte, denen es diesmal gilt, die offene Hand zu reichen.

Schluss also mit dem China-Bashing, mit den unsinnigen Anschuldigungen gegenüber dem Iran, Myanmar, Nordkorea, Syrien oder gar Venezuela und Kuba.

Sehen wir lieber den unübersehbaren Tatsachen zu Hause ins düstere Auge. Nutzen wir unsere Kenntnisse um die Schwäche des martialisch auftretenden Gegners weise.

wir: Im Osten geht die Sonne auf, im Süden hält sie Mittagslauf, im Norden ist sie nie zuhaus, im Westen wird sie untergehen. Verbünden wir uns mit jenen Ländern des globalen Südens, die einen anderen Weg eingeschlagen haben, einen Weg in die Zukunft.

Klarheit schaffen, Gefahren rechtzeitig erfassen, Zusammen-schlüsse bilden

1933 führte die bürgerliche Furcht vor dem relativen Erstarren kriegskritischer Kräfte und die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiteropposition zur Machtübertragung an die NAZIS unter Führung eines Pseudo-Proletariers.¹⁵ Es ist der Reichspräsident und Ex-Generalfeldmarschall Hindenburg, der auf Anraten großbürgerlicher Kreise HITLER zum Kanzler macht.

Bald brennt der Reichstag, wird Hatz auf alle irgendwie oppositionellen Kreise gemacht. Der große Pazifist Carl von Ossietzky wird von einem KZ ins nächste verbracht und stirbt schließlich 1938 an den dort zugefügten Misshandlungen. Im März wird die Demokratie durch den Parlamentsbeschluss des Ermächtigungsgesetzes ausgehebelt. Jetzt klingeln die Rüstungskassen so richtig. Friedenspropaganda wird vorgetäuscht. Die Weltwirtschaftskrise und der Bankenkrach 1929 führen unterdessen in der ganzen Welt zum Anschwellen faschistischer Kräfte und zum Um-sich-Greifen von Terroraktivitäten.

Die Vorgänge in der UdSSR neu bewerten

In der UdSSR sorgen bald die Moskauer Prozesse dafür, dass es keine fünfte Kolonne geben wird, die von innen her die Gesellschaftsordnung unterminiert. Im Ergebnis wird kein Quisling dort die Besatzer willkommen heißen. Deswegen die Hetztiraden der Konzernpresse gegen ganz legale, juristisch einwandfreie Vorgehensweisen. Lassen wir uns also nicht länger täuschen von Propagandatricks und erforschen wir die wahre Geschichte.

Auf Initiative der Kommunistischen Internationale hatte schon Ende August 1932 in Amsterdam ein internationaler Antikriegskongress getagt. 1933 gab es ein Treffen antifaschistischer Schriftsteller in Paris. 1935 kamen schließlich auf dringende Einladung der Pazifisten Roman Rolland und Henri Barbusse 250 Autoren von Rang und Namen aus 80 Ländern der Erde in Brüssel zusammen. Unter ihnen waren auch die Russen Maxim Gorki, Boris Pasternak und Ilja Ehrenburg. Kommunisten hatten alle Kräfte für dieses Treffen mobilisiert, aber nicht alle Autoren kamen getragen von der derselben Entschlossenheit, „Die Kultur gegen Faschismus und Barbarei zu verteidigen“. Einen einigenden Schlussappell können die dem Individualismus frönden,

¹⁵ **Pseudo**, weil eine verkrachte Existenz, keiner, der malocht hat, keiner, der ehrliche Arbeit kannte. Als **Proletarier** musste er zumindest erscheinen, der kleine Niemand aus dem Arbeiterwohnheim, weil die **nationalsozialistische** Partei ein FAKE, ein Betrug war, der auf die Arbeitermassen zielte, die anderswo wirklich an die Macht gelangt waren

preisgekrönten Federführer folglich fataler Weise nicht formulieren. Große und wichtige Worte von Klaus und Heinrich Mann, von Bert Brecht, Anna Seghers, Lion Feuchtwanger, G. B. Shaw, Sinclair Lewis, Selma Lagerlöf und vieler anderer bedeutender Kulturschaffender verhallen in den Nebelschwaden der giftigen Propagandafeuer und bleiben ungehört. Der Kongressteilnehmer Andre Gide aber sollte schon ein Jahr später seine Feder in den Dienst der Anprangerung „der sowjetischen Diktatur“ stellen. Er findet mächtiges Gehör, denn die Konzernpresse steht ihm offen. Es fehlte dem Individualisten und späteren Nobelpreislaureaten aber tragischer Weise an Einsicht in die Ursachen des kulturbedrohenden, alles Menschliche verschlingenden, kriegerischen Faschismus. Weil Gide sein Können in den Dienst der falschen Sache stellte, dient er bis heute als Kronzeuge gegen die Sowjetunion, die ihn lange gastfreundlich aufgenommen hatte. Die positiven Zeitzeugnisse von Henri Barbusse, Lion Feuchtwanger und Emil Ludwig aber scheinen vergessen zu sein.

Faschismus und Kommunismus sind tödliche Antagonismen

Georgi Dimitroff, der Vertreter der KI¹⁶, stellt 1935 fest: “Der Faschismus konnte vor allem deshalb zur Macht kommen, weil die Arbeiterklasse dank der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten war, politisch und organisatorisch gegenüber der angreifenden Bourgeoisie entwaffnet war. Die kommunistischen Parteien aber waren nicht stark genug, um ohne und gegen die Sozialdemokratie die Massen auf die Beine zu bringen und sie in den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu führen“. Deswegen plädierte der Bulgare für das Zusammengehen mit den sozialdemokratischen Massen, deswegen verfochten er und seine Genossen ab 1935 mit aller Entschiedenheit die Politik der Einheitsfront. Das Problem war ja ein globales. Die bewusste Anstrengung aller Erniedrigten und Beleidigten konnte nach sechs verheerenden Kriegsjahren den deutschen Faschismus erst einmal besiegen. Am Ende waren es aber weder die halbherzige Volksfrontpolitik in Frankreich unter Leon Blum, noch der tapfere Versuch, in Spanien eine demokratisch geeinte Republik zu gestalten, die dem Aufstieg des Faschismus hatten Einhalt gebieten können. Auch die 'New Deal'-Politik eines populären „Teddy“ Roosevelt in den USA war nicht ausschlaggebend. Die um sich greifende Barbarei konsequent einzudämmen, gelang wirklich überzeugend nur durch den allseits gewürdigten Beitrag der Sowjetunion. Mit dem “New Deal“ war es unter Präsident Truman dann ganz rasch zu Ende.

¹⁶ KI = Kommunistische Internationale

Stalingrad bringt die Kriegswende

1943 Weil in der Sowjetunion eine Gesellschaftsordnung Gestalt angenommen hatte, die zum Nutzen der gesamten Bevölkerung errichtet worden war, gelingt es nach dreieinhalb verlustreichen Kriegsjahren die Wende herbeizuführen. Die Sowjetmenschen wussten sich, angeleitet von einer klugen und weitsichtigen Führung, gegen ihre vorgesehene Versklavung mit aller gebotenen Kraft und mit hoher Opferbereitschaft¹⁷ zu wehren.

Angesichts der Niederlage des deutschen Faschismus in **Stalingrad**, das heute, auf Geheiß der damals unterlegenen Kräfte, nicht mehr so heißen darf, atmet die Welt erstmals seit Kriegsbeginn auf. Noch aber stehen schwere Kämpfe bevor.

Am Ende eines fast sechsjährigen Krieges muss die deutsche Wehrmacht kapitulieren gegenüber der Anti-Hitler-Koalition. In Potsdam stehen die Vertreter dieses - im Westen nicht wirklich geliebten - Bündnisses immerhin noch Respekt gebietend auf, als Stalin den Raum im Schloss Cecilienhof betritt. Die Ehre gilt ihm und dem sowjetischen Volk.

Dem Angriffskrieg folgen deutsche Spaltung und Kalter Krieg

1953 Lange galt der 17. Juni 1953 als Tag der deutschen Einheit. Vergessen war über der Würdigung des sogenannten „Arbeiteraufstandes in der DDR“, dass die deutsche Teilung mit all ihren Folgen ein Resultat des Krieges war. In Nürnberg war zumindest einigen Kriegsverbrechern der Prozess gemacht worden. Der Angriffskrieg wurde als größtes Verbrechen gegen die Menschheit gebrandmarkt. Ein wichtiger Markstein zum Fortschritt des Völkerrechts war gesetzt.

Auf Grund antagonistischer Interessen zerbricht die Koalition der Alliierten bald. Zwei einander ausschließende Gesellschaftssysteme stehen sich jetzt waffenstarrend gegenüber. Der trennende Riss geht mitten durch Deutschland. Die ganze Menschheit leidet unter dem „Kalten Krieg“. Der Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki hatte ihn schon im Sommer 1945 ausgelöst. Die Rede des Briten Winston Churchill, in Fulton, Missouri, am 5. März 1946 hat das antikommunistische Feuer erst richtig zum Lodern gebracht. Das wertvolle Ressourcen verschlingende Wettrüsten zwischen Ost und West nimmt von Nordamerika aus seinen Lauf. Am 19. Juni 1953 muss – trotz weltweiter Proteste - das jüdische Physikerehepaar Ethel und

¹⁷ Man lese hierzu etwa den ergreifenden Roman des 1915 geborenen Ingenieurs Wassili Ashajew „Fern von Moskau“, 1948

Julius Rosenberg auf dem elektrischen Stuhl in New York sterben. In Westdeutschland wird gegen den Widerstand von Millionen Wiederaufrüstung betrieben.

Befreiungs- und Anti-Kriegsbewegungen gewinnen an Kraft

In der Folge des großen Krieges sind unterdessen weltweit die Befreiungsbewegungen erstarkt. Mit ihnen und durch sie gewannen kommunistische Parteien an der Wahlurne großen Zuspruch. So etwa in Frankreich und Italien, wo sie eine bedeutende Kraft im Anti-Hitler- Kampf gewesen waren. Auf der ganzen Erde setzten sich nach dem 2. Weltkrieg noch größere Menschenmengen für eine Politik des Friedens ein als nach 1918. Das volkreiche China hat sich vom kolonialen Joch befreit. Die Volksrepublik China ist 1949 geboren. Pablo Picasso stiftet der Friedensbewegung viele Taubenmotive.

Da trifft ein schwerer Schlag unvorbereitet die friedliebende Menschheit:

Stalins Tod zeitigt weitreichende, negative Folgen

Am 5. März 1953 stirbt Stalin. Beim Sowjetvolk löst die Nachricht Verzweiflung und Entsetzen aus. Die Folgen des verfrühten Ablebens eines weltweit geachteten Staatsmannes zeigen sich bald. Eine merkliche Wende in der Politik der SU setzt unter der Ägide Chruschtschows ein. Erste 'Ergebnisse' sind am 17. Juni in Deutschland spürbar. Unkluge, scheinbar einsam getroffene Anordnungen verursachen Missstimmung und Chaos und führen zu Widerstand gegen staatliche Politik im Osten Deutschlands. In Sowjetrußland wird ab jetzt die Geschichtsschraube rückwärts gedreht.

Im Schatten des Kalten Krieges tobt der heiße

Der US-Imperialismus erleidet im Koreakrieg 1950 -1953 immerhin seine erste Niederlage. Aber es bedarf dazu drei Jahre der schlimmsten Kämpfe.

Der Krieg hat drei Millionen Opfer unter der Zivilbevölkerung gekostet. 450.000 Tonnen an Bomben hat die US Air Force über dem kleinen, unbotmäßigen Land abgeworfen. Allein zwischen Juni und Ende Oktober 1950 setzten die Vereinigten Staaten insgesamt 3. 281. 270 Liter Napalm ein, ein Vielfaches der (später) im Vietnamkrieg nieder gegangenen Menge. Die Folgen in Korea waren verheerender noch als in Vietnam. Die Welt, so scheint es, hat diese Verbrechen der Amerikaner, wie so viele andere, bald vergessen. Die Konzernmedien faseln unwidersprochen über die diktatorisch geführte „Atomkraft Nordkorea“. Vergessen ist vor allem, wer den kriegerischen Konflikt und die Spaltung Koreas 1950 begann. Vergessen scheint vor allem, dass es damals schon gegen China ging.

Ein CIA-Putsch beseitigt Präsident Mossadegh

Ex-General Eisenhower, der das Amt als US-Präsident antritt und sein Außenminister John Foster Dulles haben sogar ernsthaft den Einsatz der Atombombe gegen Korea erwogen. Bruder Allan Dulles wird CIA Director und im August 1953 im Iran der demokratisch gewählte Premierminister Mossadegh durch Kollaboration mit dem britischen M16 gestürzt. Die vorausgegangene Nationalisierung der iranischen Ölfeldern ist der unmittelbare Grund für diesen Eingriff in fremdes Hoheitsgebiet.

Eine Million Dollar zum Sturz Mossadeghs haben die Dulles-Brüder flüssig gemacht. Die Inthronisierung des grausam wütenden Schah-Regimes und seines Geheimdienstes Savak erfolgte unmittelbar. Bis 1979 dauert dessen blutige Herrschaft in dem alten, stolzen Kulturland. Sie erfreute sich bis zum bitteren Ende des Beifalls aller NATO-Mächte.

Die Politik der Attentate

1963 Atomkriegsgefahr und Kubakrise wurden 1962 vorerst beigelegt. Die Wahl des jugendlichen John F. Kennedy 1961 trug zu neuer Popularität der Yankee-Amerikaner bei. JFK kommt nach Berlin und sagt die legendären Worte „Ich bin ein Berliner“. Das war im Juni. Am 22. November stirbt der Präsident in Dallas. Der Mord, hinter dem man die Rüstungslobby vermutet, ist bis heute nicht aufgeklärt. Die Vietnamkriegs-Ausgaben der USA vervielfachen sich jetzt sprunghaft. Kennedy hatte immerhin den Rückzug aus Vietnam angedacht und wollte dem Kalten Krieg ein Ende setzen. Der Millionär sprach für gewisse Kreise zu viel vom Frieden. Auch Martin Luther King hat 1963 seinen Traum. Er hält die berühmt gewordene „I have a dream“-Rede, die US-Bürgerrechtsbewegung erwacht. 1968 fällt auch King einem Attentat zum Opfer, nachdem er sich gegen den Vietnamkrieg ausgesprochen hatte.

Die so genannte Kongokrise.

Am 30. Juni 1960 erhielt der Kongo seine Unabhängigkeit. Das Wahlergebnis hatte Lumumbas 'Mouvement National Congolais' zur stärksten Fraktion gemacht. Der Demokrat Lumumba wurde von interessierter Seite sofort als „Kommunist“ verdächtigt. Ein wahrhaftes Totschlag-Argument. Eine Hinwendung des rohstoffreichsten und größten schwarzafrikanischen Landes zum 'kommunistischen' Lager musste aus kapitaler Sicht unter allen Umständen verhindert werden. Der belgische Geheimdienst im Bunde mit der CIA wusste daher 1961 Lumumba mit interner Hilfe zu beseitigen.

Bald marschieren UNO-Truppen im Kongo ein. Seither taumelt der rohstoffreiche Kongo von einem Krieg in den nächsten. Inzwischen ist ein großer Teil Afrikas Opfer neuer kolonialer Begehrlichkeiten, neue Kriege verbreiten sich wie ein Buschfeuer.

Mehr Putsche, mehr politische Morde und ein Kriegsende

1973 am 11. September beseitigt ein faschistischer Putsch in Chile die demokratisch gewählte Volksfrontregierung unter dem populären Arzt Salvador Allende. Das neoliberale Modell wird erstmals einem Land mit Hilfe diktatorischer Methoden aufgedrückt. Allende hätte vermutlich genauso wenig wie Lumumba scheitern müssen. Ihrer beider so verschiedenes Beispiel sollte endlich Anlass sein, mit dem gebotenen Realismus die Kräftekonstellation zu analysieren und die internen politischen Fehlentscheidungen, die zu ihrem für Millionen so bitteren Sturz führten.

Unterdessen kämpft in Vietnam ein kleines Volk heldenhaft für seine Befreiung von Besatzung und Krieg. Die Pariser Verträge bereiten endlich das Kriegsende in Vietnam vor.

Die neue, globale Friedensbewegung und ihr Erbe

1983 Das Jahr ist Höhepunkt einer neuen weltweiten Friedensbewegung gegen die Atomkriegsgefahr. Die Massendemonstrationen waren ausgelöst worden durch die geplante Aufstellung von nuklearen, gegen die SU gerichteten, Pershing Raketen in Deutschland.

Kanzler Kohl, durch Mandatsschacher und Misstrauensvotum an die Macht gelangt, setzt deren Stationierung gegen den Mehrheitswillen im Lande durch.

Die Bewegung zerschmilzt allmählich und knickt am Ende ein. Es fehlte ihr - trotz kurzfristig enormer Mobilisierungsfähigkeit - an organisatorischem Rückhalt, an Durchhaltevermögen, an fähigem Führungspersonal und vor allem an einer die Realitäten adäquat erfassenden Analyse der Situation. Es gibt keine Kraft, die die Millionen Widerstandswilliger hätte zusammenhalten können.

Die fehlende Gesellschaftsanalyse der Bewegung und ihr latenter Antikommunismus erweisen sich als ihre Hauptschwäche.

Die übliche Äquidistanz zwischen Freund und Feind, zwischen Opfer und Täter, führt zur Bewunderung Gorbatschows, der wenige Jahre später den Sozialismus außer Kraft setzt und damit sein Lebenswerk krönt.

1993 Deutschland ist dank diesem heute in den Vereinigten Staaten lebenden Staatsmann seit vier Jahren wieder einig und gewinnt stetig an Macht und Einfluss.

Das große Sowjetland ist zergliedert, die kleine Tschechoslowakei ist es auch. Niemand spricht von München. Die Auflösung Jugoslawiens nimmt ihren Lauf. „Serbien muss sterben“, hieß es schon 1914 zu Kaisers Zeiten.

Jetzt erfüllt sich auch dieser Großmachttraum¹⁸.

In der BRD angekommen, schließen die einst Grünen Hoffnungsvögel sich 1993 mit dem Bündnis 90 aus dem Osten zu einer Partei zusammen.

Im Jahre 1999 sind sie dann unter Josef Fischer als Außenminister definitiv zur Kriegspartei mutiert. Belgrad muss zum dritten Mal in einem Jahrhundert Bombenhagel erdulden. Der Krieg ist unter der Menschenrechtsmaske nun auch in Europa wieder salonfähig geworden. Der eklatante Verstoß gegen das Völkerrecht wird als 'Kollateralschaden' billigend in Kauf genommen.

Uranmunition, Drohnen und Terrormethoden gegen „Terrorismusgefahr“

2003 Der zweite US-Krieg gegen den Irak beginnt; es ist der dritte Golfkrieg hinter dem der US-Imperialismus steht. Trotz diesmal millionenfach kundgetanem Widerstand weltweit wird gegen Bagdad ein weiterer Krieg eröffnet. Das historisch bedeutende, fruchtbare und prosperierende Zweistromland wird nachhaltig zertrümmert. Längst ist der schuldige Kriegsvorwand als nichtig eingeräumt. Dennoch darf sich das bis heute besetzte Land nicht erholen.

Der beeindruckende Widerstand gegen diesen Krieg aber bleibt eine Eintagsfliege. Er ist schon verpufft, während noch ein Jahr lang die Ölfelder Kuweits brennen, vom imperialistischen Feuer entzündet. Das Feindbild vom bösen Diktator Hussein hinterlässt nachhaltige Spuren.

Jugoslawien hört im gleichen Jahr noch zu existieren auf. Der beliebte Staatschef Milosevic war zuvor mit dem Teufel selbst in Verbindung gebracht worden.

2013 Libyen, das gedeihlichste Land unter Afrikas Sonne, ist nach dem Bombenhagel 2011 und nach dem Lynchmord an seinem Revolutionsführer Ghaddafi dem Verfall preisgegeben. Die Ex-Kolonialmacht Frankreich überzieht Mali mit Bomben, angeblich um es von 'Islamisten zu befreien'. Über dortigen Rohstoffreichtum und die Uranvorkommen im benachbarten Land herrscht Schweigen. Söldnerheere und Todeschwadronen destabilisieren seit zwei Jahren das säkulare, demokratisch verfasste Syrien. Der Nahe Osten leidet, blutet, ächzt.

Von der bald 70 Jahre andauernden Besatzung Palästinas, vom Krieg gegen die autochthone Bevölkerung und vom Schicksal der Menschen im Gazastreifen oder im

¹⁸ Im Jahre 1961 wirbelt das Buch „Griff nach der Weltmacht“ von Fritz Fischer kurzzeitig viel Staub auf. Erst wird es verrissen, dann totgeschwiegen.

Westjordanland spricht praktisch keiner mehr. Trotzdem scheint der koloniale Stern Israels allmählich zu verblassen.

Wo Gefahr ist, wächst uns das Rettende auch

Erkennen wir also in den Rauchzeichen einer unheilswangeren Zeit das vorwärtsweisende Element. Zwar stirbt Hugo Chavez, die Symbolfigur eines neuen, stolzen, unabhängigen Lateinamerika einen zu frühen Tod, aber er hinterlässt ein unschätzbare Erbe. Der boliviarische Prozess scheint unumkehrbar. Südeuropa ist in Aufruhr. In Griechenland, Spanien, Portugal und Italien widersetzen sich Massen dem neoliberalen Diktat Brüssels unter deutscher Fuchtel. Sogar das kleine Zypern wagt, wie es scheint, wider den Stachel zu lücken.

Die Befreiung von neoliberaler Bevormundung ist auf die Dauer auch in Europa also nicht mehr aufzuhalten. Die Eurozone wackelt. Die Schuldenbremse erweist sich in Wahrheit als Bremsklotz gegen wirtschaftliche Genesung. Die 'Schutzmacht' USA hat ihren Zenit überschritten. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind eine Weltmacht im Niedergang.

Was noch fehlt, ist der organisierte Widerstand der Massen gegen die zum Kriege treibende neoliberale Faschisierung. Aber dieser Widerstand wird kommen. Die kapitalstarken Kreise und ihre Medien scheinen dies besser zu wissen als die kleinen Leute.

Die Wochenzeitung „Die ZEIT“¹⁹ wunderte sich kürzlich darüber, dass angesichts des allseits drohenden Niedergangs der Kommunismus nicht wieder Urstände feiere.

Doch dazu ist es noch viel zu früh. Wir brauchen einen längeren Atem.

Lernen wir erst einmal aus der Geschichte.

Entreißen wir den Herrschenden die in teuren PR-Agenturen für uns geschmiedeten Feindbilder.

Übernehmen wir selbst die Deutungshoheit für unsere Geschichte.

Vergessen wir dabei niemals, Lohnabhängige Menschen müssen vorbehaltlos zusammenstehen:

¹⁹ Die ZEIT Nr 11 vom 7. März 2013, Politik, S. 3: „Eigentlich erstaunlich, dass der Kommunismus bisher in keinem der Krisenländer eine Renaissance erlebte.“

Gegen Sozialabbau und Rüstungsterror!

Für die strikte Einhaltung des Völkerrechts!

Gegen jegliche Militärintervention, ohne wenn und aber!

Für den Abzug der Patriot-Raketen inklusive Truppenkontingent aus der Türkei

Gemeinsam fordern wir:

Hände weg von Syrien, Hände weg vom Iran !

Raus aus Afghanistan, Mali und anderen kolonisierten Staaten!

Irene Eckert, 23. März 2013

Ingo Wagner: Die Partei Die Linke – eine sozialdemokratische Partei von eigener Art – befindet sich in ihrer historischen Endphase

Im Mai 2009 habe ich in der Zeitschrift *offen-siv* (Ausgabe Mai-Juni, 3/09, S. 25 ff.) eine Standortbestimmung der Partei Die Linke vorgenommen. Darin habe ich nachgewiesen, daß diese Partei eine *sozialdemokratische Formation von eigener Art* ist. Heute kann ich diese Einschätzung vollauf bestätigen. Wie könnte es mit der Linkspartei in ihrer historischen Endphase weitergehen? Natürlich hat auch hier das letzte Wort die Geschichte. Aber einige Fingerzeige erlauben es die *historischen Tatsachen* schon.

In meiner „Standortbestimmung“ habe ich die Kulminationspunkte abgehoben, wie diese Partei von innerparteilichen Auseinandersetzungen geschüttelt und vom Widerspruch zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung zerrissen wurde. Ihre Geschichte war unentschlossen in ihrem Verhältnis zu Vergangenheit und Tradition, unentschieden über ihren künftigen Weg, der mit Flügelkämpfen und Programmdiskussionen zur Selbstaufgabe als marxistische Partei führte und gegenwärtig die Bedeutungslosigkeit ankündigt. Ihr historischer Niedergang als Partei mit marxistischen Restbeständen zeigt sich zunächst mit dem Chemnitzer Programmparteitag 2003, der einen tiefen Einschnitt in dieser Partei bedeutete. Das Chemnitzer Programm der PDS

involvierte den Abschied vom Marxismus überhaupt und damit vom Sozialismus. Das Konzept des Demokratischen Sozialismus wurde als Grundstruktur im neuen Parteiprogramm verankert, welches nicht mehr auf eine sozialistische Gesellschaftsordnung als erkennbare Alternative zum kapitalistischen System orientierte. Damit wurden einige historische Tatsachen geschaffen. Die PDS hatte sich voll als eine Partei des kleinbürgerlichen Sozialreformismus ausgeprägt; sie war zu einer sozialdemokratischen Partei *sui generis* mutiert, die in der Folgezeit versuchte, den Platz einzunehmen, den die SPD mit ihrer Entwicklung zu einer der Staatsparteien des kapitalistischen System infolge ihrer „Aufgabe“ endgültig geräumt hatte; und zwar gleichfalls als Staatspartei – allerdings im „sozialistischen“ Gewand. Programmatisch wurde ihr „Sozialismus“ ein Sozialismus durch Kapitalverwertung auf dem Boden und im Rahmen des Kapitalismus selbst. Das war kapitalistischer Sozialismus, (Bourgeoisie-sozialismus), der nunmehr im neuen PDS-Programm verankert wurde.

Es war ein Treppenwitz der Geschichte. Die PDS versuchte nun in diesem Sinne die soziale Rolle einzunehmen, die der SPD immer mehr abhandengekommen war: nämlich Linke den sozialen und ökonomischen Erfordernissen des Kapitals unterzuordnen, sie in den politischen Mainstream der bürgerlichen Gesellschaft einzuordnen und in deren kulturelle Hegemonie einzubeziehen. Das politisch-ideologische Anliegen der programmatischen Neuorientierung war insofern die Erhaltung und das Funktionieren des Kapitalismus; und zwar durch Beschneidung seiner extremen Auswüchse und zugleich durch die Lähmung der revolutionären und wirklich antifaschistischen Kräfte. Die PDS agierte so bereits in ihrer Zeit *de facto* als linker Flügel der Bourgeoisie, nachdem die SPD in dieser Rolle ausgedient hatte. Eine wirkliche Chance hatte eine solche „sozialistische“ Phantompartei nicht. Und hieran änderte auch der spätere Zusammenschluß mit der WASG nichts. Es ist hier weder der richtige Ort noch der historische Konnex die historisch-konkrete Gemengelage zu untersuchen und zu bewerten, die den bereits erheblich angeschlagenen noch marxistischen Kräften eine „Erholungspause“ ermögliche, die den Weg frei machte, sich in die linke sozialdemokratische Richtung, die zunächst von Oskar Lafontaine repräsentiert wurde, einzuklinken. Soviel sei allerdings nachfolgend gesagt.

Diese Entwicklung führte zum „großen Kompromiß“ des Erfurter Parteiprogramms, mit dem die PDL ihre konträren Tendenzen – *ohne Marx heute* – zu einem vorläufigen Abschluß brachte. Dieses nichtmarxistische Programm trägt Züge einer solchen Dichotomie (gabelartigen Verzweigung), die metaphorisch die Programmaussagen wandelnd verschiedene gegensätzliche Interpretationen des Textes zulassen. Denn dieser „Kompromiß besonderer Art“ (Ekkehard Lieberam) enthält zwei *konzeptionelle* Grundlinien – eine *linke* und eine *rechte sozialdemokratische*, welche diese **insgesamt** als eine sozialdemokratische Partei *sui generis* (von eigener Art) ausweisen. Alle „Parteien“ im Sinne von Strömungen haben sich dieser gabelartigen Verzwei-

gung in Form dieses „Großen Kompromisses“ als gemeinsamen Daches untergeordnet. Mit anderen Worten: Sämtliche Strömungen folgten damit de facto einer Richtung des „modernen Sozialismus“ als Fortsetzung der historisch gescheiterten sozialdemokratischen Traditionslinie, die mit der Verbannung des Marxismus durch das seinerzeitige Chemnitzer PDS-Programms sanktioniert wurde. Es darf nicht übersehen werden, daß in der Präambel dieses Parteiprogramms von einer „ersten Leitidee einer solchen solidarischen Gesellschaft“ die Rede ist, „in der die Dominanz des Profits überwunden wurde.“ Wenn von der „Überwindung der Diktatur des Profits“ geschrieben wird, dann ist das nicht gleichbedeutend mit der revolutionären Überwindung des kapitalistischen Systems.

Auch der konsequente linke Sozialdemokrat Lafontaine, der inzwischen in der „Versenkung“ verschwunden ist, geht mit dem durch ihn vertretenen demokratischen Sozialismus, den er mit dem Namen von Rosa Luxemburg wie mit dem Godesberger Programm der SPD verbindet, letztlich auf Eduard Bernstein zurück. Dieser Demokratische Sozialismus steht für ihn „im Grunde genommen in der Freiheitsbewegung dieser Welt“ insgesamt. (Disput, Juni 2010, S. 13) Er ermöglichte den Parteilinken *zunächst* eine antikapitalistische Profilbestimmung, war (und ist) aber keine Garantie für eine wirkliche antikapitalistische Ausbruchsfundierung.

Obwohl sich die Parteilinien zunächst auf den Rückzug bewegte, durfte sich die Parteilinie allerdings nicht als Sieger wähen, da der „Große historische Programmkompromiß“ nach wie vor im historisch Grundsätzlichen in seiner kaugummiartigen Formulierung die Grundpositionen beider Grundströmungen sanktionierte. Der Einfluß der Parteilinien war keinesfalls gebrochen. Der linke Flügel bezog sich mit Unterstützung von Gysi auf „zentristische Positionen“ und damit in der Tendenz nach rechts. Hieraus ergibt sich zwingend, daß es ohne Marx heute nicht geht. Genauer: Ohne authentisch sozialistischen „Markenkern“ in einem zeitgemäßen marxistischen Parteiprogramm ist es unmöglich, Kurs auf ein Ausbrechen aus dem spätkapitalistischen System zu nehmen. Und das ist wohl auch der tiefere Grund für die schweren Wasser, die über Die Linke in den letzten Jahren hereingebrochen sind. Die Waagschale des Großen Programmkompromisses hat sich also zugunsten der Rechten in der Partei Die Linke verändert. Im Zusammenhang mit einer gewissen Sozialdemokratisierung der CDU/CSU und der „Übernahme“ sozialer emanzipatorischer Forderungen der Partei Die Linke durch die SPD als Wahlkampfmunition besteht die ernsthafte Gefahr, daß die Linkspartei den Einzug in den künftigen Bundestag verpaßt.

Eine linke politische Kräftekonstellation läßt sich allerdings nicht auf der Basis subjektiver Wunschvorstellungen „erfinden“; sie formiert sich in der objektiven gesellschaftlichen Praxis. Lenin hat immer gemahnt, daß der „Marxismus ... auf dem Boden der Tatsachen und nicht der Möglichkeiten (steht).“ (LW 35, S. 219) Fest steht für

mich, daß in den Linken ein bestimmtes Maß an Potenz von antikapitalistischen, antifaschistischen und auf Frieden und emanzipatorischen Forderungen vorhanden ist. Insofern kann man ihr unter den Bedingungen der Agonie des imperialistischen Spätkapitalismus, wie wir sie derzeit erleben, die abgewogene Unterstützung nicht verweigern. Hierbei lasse ich mich von Lenins Ratschlag leiten, daß der „Marxist ... als Prämisse seiner Politik nur genau und unbestreitbare *Tatsachen* annehmen“ darf. (LW 35, S. 219) Es gilt also, das Mögliche vom Wirklichen zu unterscheiden, obwohl nach Lenins sarkastischer Bemerkung „jede Verwandlung“ möglich ist, „sogar die eines Dummkopfes in einen klugen Kerl, aber *in der Wirklichkeit* sind derartige Verwandlungen selten.“ (Ebenda, S. 220) Ergo. Eine Verwandlung der Partei Die Linke von einer sozialdemokratischen Partei *sui generis* in eine zeitgemäße marxistische Partei kann man sich nicht einmal als historischen Witz denken. Vielmehr häufen sich jüngst politische Tatsachen in dieser Partei, welche die Frage nach ihrem Absacken in die völlige politische Bedeutungslosigkeit aufwirft. Die innere Dialektik eines solchen Weges, wie es mit der Partei Die Linke *in concreto* weitergehen könnte, läßt sich natürlich kaum voraussehen. Der historische Ablauf bewegt sich oft über Umwege. Und die objektiven und subjektiven Faktoren, die in dialektischer Wechselwirkung auf diesen Prozeß einwirken, sind im Dunkel der Geschichte verborgen. In meinem Artikel in offen-siv 3/09 habe ich mit den darin ausgewiesenen Tatsachen versucht, das Profil und den Platz der Partei Die Linke in historisch retrospektiver Sicht offenzulegen: „Mir scheint, daß diese Evolution nunmehr in ihre abschließende Phase eingetreten ist, welches zugleich die Inhärenz einer Hauptrichtung der gegenwärtigen Entwicklung dieser Partei vermittelt.“ (S. 29) Das war im Großen Wahljahr 2009 die endgültige Entsorgung der DDR, die zu einer Fußnote der Geschichte abgewertet wurde. Im Wahljahr 2013 zeichnet sich ein entscheidender weiterer Wendepunkt in dieser Partei insofern ab, als die Rechten ihren tonangebenden Einfluß erheblich verstärken. Der rechte Flügel nimmt nunmehr immer deutlicher Kurs auf die SPD. Diese Tatsache bedarf einer weiteren Kommentierung.

Im „Roter Brandenburger“ (April 2013) schreibt Hans Stahl zutreffend, daß die Linkspartei jüngst ein politischer Blitz von Lothar Bisky traf. „Seine Partei möge sich künftig glaubwürdiger Steinbrück und SPD sowie Grünen als Partner anbieten und zu diesem Zweck auf die Ablehnung von deutschen Kriegseinsätzen und von NATO verzichten. ... Biskys Plan ist von neuer Qualität. Bei dessen Annahme würde Die Linke entgültig ihren Geist selbst aufgeben“. Ja! In einer Erklärung der Antikapitalistischen Linken (*junge Welt*, 8. März 2013) wird vermerkt, daß für die Parteirechte ebenfalls eine Rot-Grüne Koalition natürlich möglich wäre. Damit drängt sich die Frage auf, „wer denn die Linke eigentlich wählen soll, wenn schon ein halbes Jahr vor den Wahlen unverklausuliert dargelegt wird, so wichtig seien ihre eigenen programmatischen Programmpunkte eigentlich nicht?“ (Erklärung ...) So zeichnet sich histo-

risch ein Desaster für die linke Bewegung ab, wenn Die Partei die Linke den Einzug in den Bundestag selbst vermasseln würde und so den mühsam mit Hilfe der ehemaligen WASG-Mitglieder, antikapitalistischen und noch marxistischen Linken erkämpften Großen Erfurter Programmkompromiß in den Orkus befördern würde. Auf dem langen Weg des historischen Abschiedes vom Marxschen Sozialismus mittels der „Stalinistischen“ Kampfkeule und seiner notwendigen Weiterentwicklung für unsere Zeit gelang ihr nur mit Müh und Not die Herausbildung einer sozialdemokratischen Partei sui generis. Es sollte hierbei aber nicht vergessen werden, daß vor allem Bisky – neben vielen anderen leitenden Mitglieder dieser Partei – den Trend der Umwandlung der PDS in diese sozialdemokratische Partei besonderer Art und ihrer **Annäherung** an die SPD beförderte.

Die Anzahl seiner diesbezüglichen Erklärungen ist Legion. Einige Beispiele. Vor dem Chemnitzer Parteitag der PDS meinte er in der *Leipziger Volkszeitung* vom 26. Mai 2003, daß eines der wichtigsten Ziele der PDS ist, „für etwas mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Das ist zur Zeit am besten mit der Sozialdemokratie möglich.“ Oder. So stellte er in einem Beitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 7. Dezember 1999 ironisch die Frage. „Was wäre, wenn die SPD ihr Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus im Berliner Programm ernst nehme? Da sich die PDS ebenfalls zum demokratischen Sozialismus bekennt, wäre in Deutschland so viel Sozialismus wie noch nie.“ Diese Nähe der PDS zur SPD hat Bisky nie geleugnet. Auf dem Chemnitzer Parteitag der PDS wandte er sich gegen den Vorwurf, „daß die vorgeschlagenen Schritte nur auf einen regulierten und etwas sozialeren Kapitalismus hinauslaufe. [...] Solche Einschätzung verkennt nach meiner Überzeugung, daß demokratischer Sozialismus heute nicht mehr allein als die Gesellschaft der Zukunft verstanden werden kann.“ Er solle als ein Prozeß sozialer Reformen mitten in der bürgerlichen Gesellschaft entstehen. „Der demokratische Sozialismus (ist) als ein Prozeß kleiner und größerer Veränderungen und Brüche zu verstehen, von Kämpfen und um Verbesserungen im Leben der Bevölkerungsmehrheit, als ein Prozeß, der mehr und mehr die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft verändert, sie zugunsten der Lohnabhängigen, der bisher im Abseits Gedrängten und der solidarisch denkenden Bessergestellten verschiebt, gegen die Profitdominanz gerichtet, demokratische Entscheidungshoheit für Gegenkräfte erfordert und das heute Machbare den Anschluß an weiterreichenden Wandel über die Grenzen des Kapitalismus aufnimmt.“ (vgl. Disput/Pressedienst, November 2003, S. 10) Wer’s glaubt, wird selig.

Weil dies historische Tatsachen sind, hat mich der „Bisky-Blitz“ keinesfalls überrascht. Hinzu kommt, daß von ihm auf dem Wege der Entfernung des Marxismus aus der PDS eine gewisse Seriosität ausging; er argumentierte mit fragmentarischen „Halbwahrheiten“ und dem Zeitgeist in Form von Sentenzen, die – verbunden mit selbstkritischer Nachdenklichkeit und Humor – mehr auf den Bauch als auf den Ver-

stand zielten. Hinzu kommt, daß er sich oft als Marxist bezeichnete. Und deshalb konnte er eine so „erfolgreiche“ Rolle spielen, viele mit dem Marxschen Sozialismus emotional verbundene Parteimitglieder für diesen Weg gewinnen. Die meisten „Alten“ waren einfach nicht imstande, die vorgegebenen Formulierungen zu entschlüsseln. Sie begnügten sich mit der nominalen Benennung „Sozialismus“, ohne die gesellschaftlichen Zusammenhänge begreifen zu können. In meinen Augen war dies der schändliche Mißbrauch einer ganzen Generation ehrlicher Sozialistinnen und Sozialisten, die sich für antifaschistisch-demokratische Veränderungen im Osten und den Aufbau einer sozialistischen Ordnung in der DDR einsetzten. Er hat also wesentlich dazu beigetragen, daß sich in der PDS der Kurs auf sozialreformerische Anpassung an den Kapitalismus, also ein kapitalistischer „Sozialismus“ durchsetzte. Und nunmehr fällt Bisky seiner Partei *offen* und *gezielt* in Fortsetzung dieses Kurses in den Rücken, indem er den Großen Programmatischen Kompromiß in den Orkus befördert, wo er historisch gedacht auch hingehört. Man könnte ihm eigentlich nur dankbar sein, daß damit die Fronten historisch geklärt sind. Alles spricht dafür, daß er seinen Zenit schon lang überschritten hat. Er ist wohl oder übel selbst bereits in der „finalen Mülltonne“ (O-Ton Bisky) des weiteren geschichtlichen Ablaufs gelandet. Seiner Partei könnte beschleunigt ein ähnliches Schicksal bevorstehen, wenn dadurch ihr Einzug in den Bundestag verhindert wird. Denn die Wähler könnten ja fragen, warum sie erst Die Linke wählen sollten und nicht gleich die SPD. Wie es historisch-*konkret* mit der Linkspartei bei der Verfolgung eines solchen Kurses weitergehen könnte läßt sich läßt sich vorerst nur vermuten. Umwege sind nicht auszuschließen.

In meinem offen-siv-Artikel 2009 habe ich abschließend das Desaster dargestellt, in dem sich die noch marxistischen Kräfte insgesamt in dieser sozialdemokratischen Partei der besonderen Art befanden und gefolgert: „Die gegenwärtigen Nachhutgefechte der marxistischen Linke, die sie in der Partei Die Linke so oder so früher oder später zu einem ‚Ende‘ bringen muß, stehen unter keinem guten Stern. Es wird also Zeit, mit der linken Tarnung dieser Partei durch die marxistische Linke Schluß zu machen; *notwendig ist es, langfristig die Gestaltungsformung einer massenwirksamen marxistischen Partei ins Visier zu nehmen.*“ Der historische Ablauf bewegt sich allerdings oft über Umwege. Und die objektiven und subjektiven Faktoren, die in Wechselwirkung auf diesen Prozeß einwirken, sind im Dunkeln verborgen. Meine kritisch-solidarischen Bemerkungen zum Erfurter Programmparteitag der PDL, der zum „großen Programmkompromiß“ führte, involvierten neben der *prinzipiellen* Kritik dieses nicht marxistischen Parteiprogramms auch die *Möglichkeit*, daß die marxistische Linke eine zeitgemäße marxistische Rekonstruktion einleitet, so ihren Einfluß verstärkt und früher oder später sich als progressiver subjektiver Faktor der Gesellschaft in Form eines solchen *demokratischen* Sozialismus profilieren könnte, die im imperialistischen Spätkapitalismus eine substantielle Position bezieht, wie ihn bereits Fried-

rich Engels für seine Zeit des noch jungen Kapitalismus wiederholt benannt hat.²⁰ Diese *Möglichkeit* ist allerdings durch die in der Folgezeit erfolgte inhaltliche Prägung des Großen Programmkompromisses mittels theoretisch-ideologischer Impotenz der noch marxistischen Linken in dieser Partei insgesamt passé. Die KPF und andere marxistischen Kräfte beschränkten sich nicht auf die Akzeptanz der *politischen* Programmsphäre als *notwendiger Kompromiß* für einen bestimmten historischen Abschnitt, sondern verbanden diesen Kompromiß mit der weitgehenden *theoretischen* Aufgabe des Marxismus; sie folgte damit *generell* der Dichotomie des Großen Programmkompromisses in seiner *rechten* Ausprägung und entschieden sich damit de facto gleichfalls für die Richtung des Modernen Sozialismus als Fortsetzung der historisch gescheiterten Traditionslinie, die mit der Verbannung des Marxismus durch das Chemnitzer PDS-Parteiprogramm sanktioniert wurde. Es kann nicht übersehen werden, daß das Erfurter Programm sich auch für eine „erste Leitidee einer solchen solidarischen Gesellschaft“ ausspricht, „in der die Dominanz des Profits überwunden wurde.“ (Präambel) Wenn von dieser Profitüberwindung gesprochen wird, dann ist das nicht gleichbedeutend mit der revolutionären Überwindung des kapitalistischen Systems. Folglich meint deshalb die Kommunistische Plattform der Linken zum „Systemwechsel“: „Das beschlossene Parteiprogramm orientiert letztlich auf einen Systemwechsel – Überwindung der Diktatur des Profits.“ (<mailto:@die-linke.de>) Die revolutionäre Niederrichtung des Kapitalismus steht also nicht auf der historischen Tagesordnung. Und dies ist die theoretische Positionierung des linken Sozialdemokraten Lafontaine, der diesen Demokratischen Sozialismus gleichfalls mit dem Godesberger Programm verbindet, der angeblich auf Luxemburg zurückgehen soll, aber in Wirklichkeit auf Bernstein zurückfällt. Mit dieser theoretischen „Abrüstung“ war der Weg für die Rechten in der Linkspartei frei, ihren Einfluß eminent zu verstärken; sie kontrolliert nunmehr weitgehend den Parteiapparat. Und dieser Rechtsruck wird nunmehr dadurch beschleunigt und zementiert, daß Oskar Lafontaine seinen endgültigen Rückzug aus der Bundespolitik verkündet hat, nachdem es den Parteirechten gelang, ihn in der Parteiführung weitgehend zu paralisieren. Als Hauptgrund seines Rückzuges gab er an, keine „Realisierungschancen“ für ein Konzept der Neuordnung der europäischen Finanzmärkte zu sehen. „Wenn man sich noch eine längere Zeit aufbürdet, muß man ein Ziel haben ... (es kann) nur ein inhaltliches Ziel sein. Und das inhaltliche Ziel muß sich auch lohnen. Aber solche Ziele sind bei der gegenwärtigen Konstellation in weiter Ferne gerückt.“²¹ Damit sind die Würfel gefallen. Die linkssozialdemokratische Richtung in der Linken mit dem Rückzug von Lafontaine und mit

²⁰ Vgl. MEW, Bd. 4, S. 378/379).

²¹ Siehe neues Deutschland und junge Welt, 23. April 2013.

ihr der Große Erfurter Programmkompromiß wurden damit in aller Stille begraben. Und jetzt geht es der Partei Die Linke mit ihrem Wahlprogramm um „Abgrenzung“ zu allen anderen Parteien – etwas anderes bleibt ihr auch gar nicht übrig – **und** um Regierungsfähigkeit mit dem Ziel – wie es im nd, 20./21. April 2013, heißt - : „**Lustvoller Sozialismus**“. Dieser historische Witz läßt sich nur so interpretieren: ***In dieser Zerfallsphase der Linken als einer sozialdemokratischen Partei sui generis beginnt sie nunmehr bereits verstärkt de facto als linker Flügel der Bourgeoisie zu agieren, nachdem die SPD sich seit langem in eine bürgerliche Partei verwandelt hatte. Das ist der gegenwärtige Charakter und Gebrauchswert dieser Partei, der sich bereits mit der Entwicklung der PDS herausgebildet hat.*** Für sie ist dies Tragödie und Farce zugleich. Denn zugleich muß man konstatieren, daß die noch am Marxismus festhaltenden Genossen zunehmend isoliert werden, da ihre Organisationsformen, das Marxistische Forum und andere Strömungen sich in einem Erosionsprozeß befinden. Und ob es der Antikapitalistischen Linken und anderen sozialistisch-linken Strömungen gelingt, das Blatt zu wenden, steht in den Sternen; dies scheint beim jetzigen Stand der Dinge unmöglich zu sein. Hieraus kann man insgesamt einige Schlußfolgerungen zur möglichen Kontur des historischen Schicksals dieser Partei ableiten.

Das Abtrudeln in die Bedeutungslosigkeit dieser Partei als *Hilfstruppe des dominierenden parlamentarischen Systems* ist in vollem Gange. Es besteht aber auch noch die Möglichkeit, daß sich die Linke spaltet. Ihr rechter Flügel würde dann noch deutlicher Kurs auf die SPD nehmen und bei dieser Zuflucht suchen, während sich die in ihr noch verbliebenden linken Kräfte auch organisatorisch enger mit der kommunistischen Bewegung verbinden könnten. Bereits in meinem offen-siv-Artikel habe ich im Jahr 2009 festgehalten, daß die KPF von den Reformsozialisten untergeordnet wurde; „sie wurde absorbiert, paralyisiert. *Die marxistische Linke* in dieser Partei **insgesamt** wurde nach und nach in die Rolle gedrängt, als Feigenblatt einer sozialdemokratischen Parteiführung zu agieren. Sie hat weder ausreichend an einer zeitgemäßen theoretischen Sozialismuskonzeption gearbeitet noch genügend den historisch langfristigen Weg des Ausbruchs aus dem kapitalistischen System erkundet.“ Die vorhandenen Ansätze wurden ignoriert. „Auch wurde versäumt, einen grundlegenden politisch-organisatorisch und strategischen (programmatischen) Ansatz als ‚Notnagel‘ für den Ausbruch aus der (geschilderten) Quadratur des Kreises zu formulieren. Die gegenwärtigen Nachhutgefechte der marxistischen Linken, die sie in der Partei DIE LINKE so oder so früher oder später zu einem Ende bringen muß, stehen unter keinem Stern. Es wird also Zeit, mit der linken Tarnung dieser Partei durch die marxistische Linke Schluß zu machen; *notwendig ist es, langfristig die Gestaltungsformung einer massenwirksamen marxistischen Partei ins Visier zu nehmen.*“ Dieses Anliegen gewinnt heute – auch nach dem Debakel der kommunistischen Initiative und der diffusen Situation in der kommunistischen Formation in Deutschland erstrangige Bedeutung

für die Zerschlagung des gordischen Knotens der Gegenwart, der die Herausbildung eines subjektiven Faktors für einen sozialistischen Neuenfang bedarf. Unter diesem Aspekt habe ich mit großer Freude und Zustimmung im offen-siv 2-2013 die Resolution der 8. Generalversammlung der kommunistischen Initiative Österreich: „**Zur Gründung und zu den Grundätzen einer revolutionären Partei der österreichischen Arbeiterklasse**“ gelesen. In meiner Sicht könnte offen-siv in Deutschland mit einem „Neuanfang“ eine beachtlich positive Rolle spielen, wenn hierfür die notwendige theoretische Debatte ernsthaft, solide wissenschaftlich, solidarisch und getragen von den Ideen unserer großen Denkvorbilder, die in Marx, Engels und Lenin kulminieren, erfolgen würde. Doch dieser Fragenkomplex steht auf einem andere Blatt, das hier nicht beschrieben werden kann – aber jederzeit fortgeschrieben werden könnte.

Ingo Wagner, Leipzig

| |
|---------|
| Italien |
|---------|

Gerhard Feldbauer: Rote Hände über der Armata -- Wie die CIA in Italien die Spannungsstrategie inszenierte

Die Stimmen der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI) als führender Kraft der Linken stiegen 1963 auf 25,3 Prozent, 1968 auf 26,9, um 1976 auf 33,4 Prozent hochzuschnellen. Frühzeitig tüftelte die CIA dagegen die sogenannte Spannungsstrategie aus. Sie zielte darauf ab, die Kommunisten und Linke überhaupt als die Organisatoren der von den Terrorbanden der 1946 wieder gegründeten Mussolini-Partei Movimento Sociale Italiano (MSI) begangenen Attentate hinzustellen. Diese Strategie erlebte ihre Geburtsstunde am 12. Dezember 1969 auf der Piazza Fontana in Mailand. An diesem Tag brachten die berüchtigte Neue Ordnung von Pino Rauti, einem Altfaschisten und Nummer Zwei der faschistischen Bewegung, und die Nationale Vorhut des wegen 800fachen Mordes an Partisanen verurteilten Kriegsverbrechers Valerio Borghese in der Landwirtschaftsbank eine Bombe zur Explosion, die 16 Menschen tötete und etwa 100 Menschen verletzte. Der Anschlag sollte der Vorbereitung eines Putsches dienen, den Borghese zur Installierung eines faschistisches Regime auslösen wollte. Die Drahtzieher des Anschlages waren die CIA und ihre geheime NATO-Truppe Gladio. Die zu den Faschisten führenden Spuren wurden beseitigt und als

Täter des Anschlags Linke, vor allem Anarchisten und die Außerparlamentarische Opposition verfolgt. Der die Untersuchungen leitende CIA-Agent, der Chef des politischen Dezernats in Mailand, Luigi Calabresi, ließ sofort über 300 Personen aus diesen Kreisen verhaften. Viele von ihnen, darunter der Balletttänzer Pietro Valpreda, saßen jahrelang unschuldig im Gefängnis, ehe die Faschisten als Täter entlarvt und verurteilt wurden.

Im Rahmen der Spannungsstrategie wurde das linksradikale Spektrum, das gegen die faschistischen Verschwörungen teilweise den bewaffneten Kampf führte, unter der Regie der CIA systematisch von den italienischen Geheimdiensten unterwandert und zu Terroranschlägen angestachelte. Die CIA erließ dazu ein sogenanntes Field manual (Feldhandbuch) 30-31, das detaillierte Anweisungen zur Einschleusung von undercoveragents in linksradikale Organisationen enthielt. Zu gegebener Zeit sollten sie Operationen, Unruhen bis zu politischen Morden auslösen. Die „linken“ Gewalttaten sollten als Vorwand zur Auslösung von Staatsstreich dienen, um ein Regime der „Starken Hand“ an die Macht bringen. Wie die Pariser „Le Monde“ 1972 berichtete, waren mindestens zehn Prozent aller Mitglieder linksradikaler Vereinigungen Agenten der Polizei und der Geheimdienste.

Der CIA gelang es, die Gründergeneration der Roten Brigaden mit Renato Curcio und Alberto Franceschini, die von eingeschleusten Agenten vorgeschlagene extremistische Terroranschläge ablehnten, auszuschalten. An ihrer Stelle übernahm im Hintergrund ihr Agent Corrado Simioni die Führung der Brigade Rosse und leitete das Mordkomplott gegen den Christdemokratischen Parteiführer Aldo Moro ein, in dessen Ergebnis die Regierungssache nach rechts verschoben und ein Prozess eingeleitet wurde, der 1994 das Mitglied der an der Liquidierung Moros beteiligten faschistischen Putschloge P2, Silvio Berlusconi, an die Macht brachte.

Jahrelang war Leiter dieser Infiltration der Top-Agent der CIA Guido Giannettini, den der sozialdemokratische „Vorwärts“ in Bonn wie folgt zitierte: „Ich bin Nazifaschist. Männer wie ich arbeiten, um in Italien zu einem Militärputsch oder zum Bürgerkrieg zu kommen“. Seine Aufträge erhielt Giannettini direkt von den Geheimdienstchefs. Als Journalist war er Starreporter des MSI-Blattes „Secolo d' Italia“, schrieb für die große rechte Tageszeitung „Il Tempo“ und war Mitarbeiter der „Rivista Militare“, die der Generalstab des Heeres herausgab. Als ihr Experte nahm er an Tagungen der NATO teil, ebenso an Beratungen italienischer Militärs und Geheimdienstler über den Kampf gegen die „kommunistische Gefahr“. 1964 gründete der Agent zur Organisation subversiver Operationen einen sogenannten Apparato mondiale segreto d' Azione Rivoluzionario, der neofaschistische Terroristen instruierte, pseudorevolutionäre Gruppen zu bilden und „links“ getarnte Anschläge zu organisieren. 1969 nahm Giannettini mit Rauti an einem Lehrgang für psychologische Kriegführung an der die

Schule der Panzertruppen der deutschen Bundeswehr in Euskirchen teil, wo sie auch den damals noch streng geheimen neuen Panzertyp „Leopard“ besichtigten.

Nachdem Giannettini an der italienischen Militärakademie in Modena das Hauptreferat über Fragen des „subversiven Kampfes“ gegen die Kommunisten gehalten hatte (einen weiteren Vortrag hielt Rauti), beauftragte ihn Generalstabschef Giuseppe Aloja zusammen mit Rauti, eine Schrift über die „kommunistische Untergrundarbeit“ in den Streitkräften auszuarbeiten, die dem Offizierskorps vor Augen führen sollte, dass die Armee zur Sicherung der Ordnung eingreifen müsse. In der Broschüre, die unter dem Titel „Le Mani rosse sulle Forze Armate“ (Rote Hände über den Streitkräften) im März 1968, zwei Monate vor den Parlamentswahlen im Mai erschien, schrieben die Autoren, die Streitkräfte seien „kommunistisch unterwandert“ und die „rote Machtergreifung“ stünde unmittelbar bevor. Das 1976 neu aufgelegte Machwerk wurde zur wichtigsten Propagandaschrift in den bereits faschistisch unterwanderten Heeresteilen und ihrer Publikationen. Der „Corriere dell ‚Aviatore schrieb, es sei Aufgabe der Armee „in therapeutischer Funktion die Macht zu übernehmen, wenn es eine politische Krebsituation wie die augenblickliche gibt“. Admiral Gino Birindelli, langjähriger Befehlshaber der NATO-Seestreitkräfte Europa Süd, bekannte sich zu den „faschistischen Idealen“, begrüßte die Diktatur Pinochets in Chile und bekannte, wenn er als neuer „Duce“ an die Macht komme, werde er sie „mit großer Härte“ gebrauchen.

Gerhard Feldbauer

Gerhard Feldbauer: Tribüne eines Schmierentheaters

Wahl des Staatspräsidenten und Bildung neuer Regierung waren in Italien Ergebnis eines abgekarteten Spiels mit dem faschistoiden Ex-Premier Silvio Berlusconi²²

Den im März/April gestarteten Versuch einer Regierungsbildung unter dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei (DP) und Führer von Mitte Links, Luigi Bersani, brachten die Partei „Volk der Freiheit“ (PdL) des faschistoiden Ex-Premier Silvio Berlusconi als auch die Bewegung 5 Sterne (M5S) Beppe Grillos zu Fall. Auch etwa 100 Abgeordnete aus dem rechten Flügel der DP hatten ihren Parteichef abgelehnt. Damit drohte eine Unregierbarkeit.

²² Setzt den Beitrag „Gefährlicher Rechtsruck bei Parlamentswahlen in Italien“ (Heft 2/2013) fort.

In dieser Situation musste gleichzeitig der Nachfolger des 87jährigen Staatspräsidenten, Giorgio Napolitano, dessen Amtszeit nach sieben Jahren im Mai abläuft, gewählt werden. Zunächst scheiterte der von der DP zusammen mit der PdL ins Rennen geschickte rechte Gewerkschaftsführer der katholischen CISL Franco Marini an den Gegenstimmen der Linkspartei Umwelt und Freiheit (SEL) von Nicchi Vendola.

Den früheren EU-Kommissionspräsidenten und mehrmaligen Ministerpräsidenten Romano Prodi, der bis 2008 noch mit den Kommunisten regierte, brachten der Boykott Berlusconis und der rassistischen Lega Nord aber erneut auch fehlende Stimmen aus der DP zu Fall. Gegen Prodi, der als einziger Politiker in seinen Amtszeiten gegen den faschistoiden Berlusconi Front machte, demonstrierte die „Duce“-Enkelin Alessandra Mussolini von der PdL im Unterhemd mit der Aufschrift „Prodi ist der tatsächliche Teufel“.

Auch der frühere unabhängige Linke in der IKP, später Linkspartei PDS, der Jura-Professor u. a. in Oxford und Paris, und ehemalige Verfassungsrechtler Stefano Rodota, den die SEL mit M5S aufstellte, fiel durch. Dabei hatte der sonst chaotisch agierende Grillo mal Vernunft walten lassen und wollte im Gegenzug danach eine Regierung unter Bersani unterstützen. Nach diesem Fiasko erklärte sich Napolitano entgegen der vorherigen Ankündigung, nicht zu einer Wiederwahl anzutreten, bereit, für eine zweite Amtszeit zu kandidieren. Was sich dann abspielte, konnte nur als Tribüne eines Schmierentheaters bezeichnet werden. In verdächtiger Einmütigkeit wurde Napolitano von einer Mehrheit vor allem aus der DP und der PdL bereits im ersten Anlauf mit 738 der 1007 Stimmen gewählt und als Retter aus der Krise und regelrechter Nationalheld gefeiert.

In Wirklichkeit kam ein Politiker – wahrscheinlich auf Zeit – ans Staatsruder, der seine Demokraten und damit das von ihnen angeführte Mitte Links-Bündnis in das Scheitern mehrerer ihrer Kandidaten zur Wahl des Staatsschefs wie vorher bei der Regierungsbildung manövriert hatte.

Die Vita des „Retters der Nation“

Werfen wir einen Blick in die Vita des „Retters der Nation“: Wie kaum bei einem anderen ehemaligen linken Politiker ist der Werdegang Napolitanos von Anpassung an die Macht des Kapitals geprägt. Seit 1966 Mitglied des Politbüros der IKP wurde er zum führenden Vertreter der Revisionisten, die die Partei 1991 mit der Umwandlung in die Linkspartei PDS liquidierten. Später Parlamentspräsident, mehrfach Minister, 2005 Senator auf Lebenszeit, 2006 Staatspräsident, beförderte er 2007 auch die Beseitigung der Linkspartei durch ihre Vereinigung mit dem katholischen Zentrum zur heutigen DP mit sozialdemokratischem Aushängeschild. Als die Linke beim Sturz Berlusconis 2011 Auftrieb erhielt und sofortige Neuwahlen forderte, die ihr und Mitte

Links einen Sieg hätten bringen können, lehnte Napolitano ab und setzte stattdessen den von Brüssel und Berlin favorisierten ehemaligen EU-Kommissar Mario Monti als Übergangspremier ein. Das verschaffte der extremen Rechten mit Berlusconi an der Spitze ein Comeback, damit bei den Parlamentswahlen im Februar 2013 den zweiten Platz hinter Mitte-Links, führte zum Patt und dem Scheitern einer Regierungsbildung.

Drohung mit Schicksal Griechenlands

Wie die Nachrichtenagentur ANSA berichtete, wurde die Wiederwahl Napolitanos bei einem Treffen zwischen ihm mit Ex-Premier Silvio Berlusconi der (obwohl er nicht mehr Parteichef ist) als Vertreter der PdL („Volk der Freiheit“) teilnahm, dem amtierenden Übergangs-Premier Mario Monti und dem DP-Vorsitzenden Luigi Bersani entschieden. Dabei sei auch Einigung erzielt worden, den 75jährigen parteiunabhängigen früheren Sozialisten und späteren Christdemokraten Giuliano Amato, der mehrmals Ministerämter inne hatte und auch Premier war, mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Die Ergebnisse waren eine weitere Verschärfung der Rechtswende. Der Staatsoberhaupt überschritt mit diesem Treffen zur Absprache seiner eigenen Wiederwahl eindeutig seine Kompetenzen. Beppe Grillo von M5S nannte das mit Recht einen Staatsstreich, gegen den Tausende seiner Anhänger vor dem Montecitorio (Parlamentsgebäude) protestierten. Vor dem Treffen Napolitanos war auch Monti mit Berlusconi zusammengetroffen und hatte den Standpunkt aus Brüssel und Berlin geltend gemacht, dass Italien bei anhaltender Unregierbarkeit das Schicksal Griechenlands oder gar Zyperns drohe.

Bersani trat als Konsequenz der Opposition gegen ihn in der eigenen Partei zurück. Ein Makabres Schauspiel bot sich, als Grillo und Berlusconi vor ihren Anhängern dessen Rücktritt frenetisch feierten. Die DP, die 2007 als eine Misch-Masch-Partei aus Linksdemokraten und Katholiken entstand, ist tief gespalten und könnte, wie „La Repubblica“ befürchtet, vor dem Zerfall stehen. SEL-Vorsitzender Vendola kündigte eine entschiedene Opposition gegen eine Regierung mit Berlusconis PdL an. Das zu den Parlamentswahlen neu aufgelegte Mitte-Links-Bündnis ist damit zerfallen.

Neue Regierung aus Sozialdemokraten und Berlusconis PdL

Widerstand an der Basis der DP veranlasste Napolitano offensichtlich auf eine Nominierung Amatos zu verzichten und den Vize-Chef der DP, Enrico Letta, mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Das sollte einer von der DP geführten Großen Koalition den Anschein einer gestärkten Position der Sozialdemokraten verleihen. Enrico Letta gelang es im Ergebnis des abgekarteten Spiels dann überraschend schnell, nach über zwei Monaten des Scheiterns ein Kabinett aus der DP mit der faschistoiden PdL Berlusconi und der Bürgerliste des vorherigen Übergangspremiers Monti zu bilden.

Mit Stimmen der DP, PdL und der Bürgerliste Montis erhielt es erwartungsgemäß im Abgeordnetenhaus und dem Senat die erforderliche Mehrheit.

Die SEL lehnte einen Eintritt in das Kabinett ab und kündigte entschiedene Opposition an. Der bisherige Bündnispartner Berlusconi, die rassistische und sezessionistische Lega Nord, enthielt sich, da ihre auf eine weitere Autonomie der Nordregionen vom Zentralstaat gerichteten Forderungen nicht berücksichtigt worden seien. Offiziell wurde ferner erklärt, damit werde gegen die Aufnahme der gebürtigen Afrikanerin aus Kongo (früheres Zaire), die Augenärztin Cecile Kyenge, die Integrationsministerin wurde, protestiert. Die Lega werde einer Regierung „mit einer Farbigen“ nie das Vertrauen aussprechen. Beppe Grillo nannte Lettas Kabinett „eine Regierung der Gauner und Strolche“.

Mit dem 46-jährigen Enrico Letta kam ein verhältnismäßig junger Politiker an die Spitze des Palazzo. Er betrieb 2007 aus der Führung der katholischen Zentrums Partei Margherita den Zusammenschluss mit den Linksdemokraten zur heutigen DP. 2006-08 gehörte er der Mitte Links-Regierung unter Romano Prodi an. Sein Onkel ist Gianni Letta, die rechte Hand Berlusconi in der PdL, was hinter den Kulissen zum Zustandekommen der jetzigen Koalition beigetragen haben dürfte. Napolitano nannte die neue Exekutive die „einzige mögliche Lösung“, mit der ein Zeichen „der Einheit“ gesetzt worden sei. Dem von der „Repubblica“, Sprachrohr der DP, „Regierung der Schadensbegrenzung“ getauften Kabinett gehören neun Minister der PD, fünf der PdL und drei der Monti-Liste an. Vier sind parteiunabhängig, darunter der bisherige Direktor der Banca d' Italia (Staatsbank), Fabrizio Saccomanni, der das Wirtschafts- und Finanz-Ressort übernimmt, und die für Justiz zuständige Annamaria Cancellieri. Insgesamt sind ein Drittel der 21 Minister Frauen, unter ihnen auch von der DP die frühere EU-Kommissarin Emma Bonino, die das Außenministerium übernimmt. Sie war in der 2006-08 von Romano Prodi mit den Kommunisten gebildeten Mitte Links-Regierung Handels- und EU-Minister. Bekannt wurde sie vor allem als Befürworterin der Beteiligung Italiens an allen Interventionskriegen an der Seite der USA/NATO. Das EU-Ressort übertrug Letta dem parteiunabhängigen Enzo Moavero von der Bürgerliste Montis, der in der EU u.a. als Generaldirektor des EU-Büros an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt war. PdL-Chef Angelo Alfano wurde Vize-Premier und übernahm gleichzeitig das Innenministerium. Von ihm wird erwartet, dass er für eine Einstellung der gegen Berlusconi laufenden Strafprozesse sorgt. Die PdL besetzte ferner mit Senator Mario Mauro das Verteidigungs-Ressort.

Neue Stufe der Kollaboration der Revisionisten mit Faschisten

Der Industriellenverband Confindustria nannte das Kabinett Letta „eine Regierung der Qualität“. Der 2011 gestürzte Ex-Premier Berlusconi zeigt sich als Strahlemann wie seit langem nicht mehr. Das vertuscht die Probleme, die alten wie die Neuen. Sicher

wäre es zu begrüßen, dass es jüngere und neue Gesichter gibt und ohne umstrittene Quote ad hoc ein Drittel Frauen ins Kabinett einzuziehen. Aber stehen sie tatsächlich für positive Veränderungen? Wohl kaum, denn sie alle haben auf die eine oder andere Weise dazu beigetragen, Italien in die gegenwärtige tiefe Krise hinein schlittern zu lassen. Wenn sich der neue Premier Hoffnungen macht, mit EU-erfahrenen Ministern, mit denen er die für die Außenpolitik und Brüssel zuständigen Ressorts besetzt, für Italien bessere Bedingungen aushandeln zu können, zeigten bereits die Antrittsbesuche in Berlin und Brüssel, dass er sich einer besonders hoffnungslosen Illusion hingibt. Am Sitz der EU wie in Berlin, ist kein Deut Nachgeben zu erwarten. Die Dauerschrauben werden eher noch fester angezogen. Vor allem wächst die faschistische Gefahr, die jetzt noch stärker als in der Vergangenheit verdeckte Formen annimmt, drastisch an. Italiens neue sozialdemokratische Führungsschicht, die einst aus der IKP in die Linkspartei wechselte, sich dann mit dem katholischen Zentrum zusammenschloss, hat schon seit langem mit den offenen und verkappten Faschisten vom Schlage eines Berlusconi kollaboriert. Davon konnte ein Luigi Bersani ausgenommen werden, und deshalb wurde er bei seinem Versuch einer Regierungsbildung, sich dem Druck Berlusconi zu widersetzen, ausgebootet - und zwar von Leuten in der eigenen Partei.

Neu an dieser Kollaboration ist, dass sie erstmals in einer gemeinsamen Regierung erfolgt. Das wird schwerwiegende, noch gar nicht abzusehende Konsequenzen für die weitere Entwicklung haben. Bisher wurde der von der faschistischen Putschlogie P2 1994 erstmals an die Regierung gehievte Berlusconi, der zu ihrem Dreierdirektorium gehörte, von führenden und auf seinen hemmungslosen Antikommunismus setzenden Kapitalkreisen befördert. Jetzt tun sich mit diesem hochgradig kriminellen Politiker zusammen, die sich ein sozialdemokratisches Mäntelchen umhängen. Es ist in Rom ein offenes Geheimnis, dass der in mehreren Strafverfahren, u. a. wegen Bestechungsaffären im Millionenhöhe, wegen Sex mit einer Minderjährigen und Amtsmissbrauch angeklagte Berlusconi die Niederschlagung seiner Prozesse zur Bedingung einer Regierungszusammenarbeit gemacht hat. Das soll im Rahmen einer Justizreform erfolgen, in der die Ermittlungsbehörden dem Innenminister unterstellt werden, der dann die Einstellung der Verfahren anordnen kann. Das zuständige Ressort hat der Chef der PdL, Angelo Alfano, übernommen, der obendrein Vizepremier geworden ist. Er war unter Berlusconi zwischen 2008 und 2011 Justizminister und hat alle in dieser Zeit angenommenen Gesetze zu dessen Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung ausgearbeitet. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Justizministerin Cancellarie und die Justiz dem unterordnen und damit eine der drei Säulen der bürgerlichen Gesellschaft, die Gewaltenteilung, zu Fall bringen.

Auftrieb für Berlusconi

Auf welch gefährliches Abenteuer der Staatschef und sein neuer Ministerpräsident sich eingelassen haben, verdeutlichte das Auftreten des Mediendiktators. Obwohl formell nicht mehr Partei-Chef, agierte er in der Öffentlichkeit über sein privates Fernsehmonopol wie der eigentliche Herrscher der PdL. So verlangte er eine Woche nach der Regierungsbildung den Vorsitz der für eine Justiz- und Strukturreformen mit Verfassungsänderungen zuständigen Parlamentskommission. Das hieße nichts anderes, als ihm u. a. die Zuständigkeit für die Einstellung der gegen ihn laufenden Strafverfahren zu übertragen, ferner Verfassungsänderungen in Richtung einer von ihm schon immer vertretenen Herstellung einer Präsidialherrschaft, unter der die Rechte der Legislative eingeschränkt werden sollen. Anderenfalls drohte er, wie der „Unita“ vom 4. Mai zu entnehmen war, an, dem Kabinett die Unterstützung durch seine PdL zu entziehen und, da dieses dann wieder ohne Mehrheit dastünde, eine neue Regierungskrise auszulösen. Berlusconi wittert Morgenluft und rechnet sich bei Neuwahlen eine Rückkehr an die Regierung aus. In der DP gab es kaum Proteste, Napolitano, der die Unterstützung der Regierung durch Berlusconi als Zeichen „der Einheit“ gefeiert hatte, hüllte sich in Schweigen. In Rom vergleichen Beobachter die Situation in gewisser Weise mit dem Zerfall der bürgerlichen Demokratie und dem Untergang der Weimarer Republik in Deutschland, dem der Machtantritt der Hitlerfaschisten vor 75 Jahren folgte.²³

Gerhard Feldbauer

| |
|-----------------------------------|
| <h2>Stalin zum Epochenwandel</h2> |
|-----------------------------------|

H.G. Wells: Gespräch mit Stalin, 23. Juli 1934

Wells: Ich bin Ihnen sehr zu Dank verbunden, Mr. Stalin, dass Sie mir Gelegenheit zu einem Gespräch mit Ihnen geben. Vor kurzem war ich in den Vereinigten Staaten. Ich hatte eine lange Unterredung mit Präsident Roosevelt und habe dabei versucht herauszufinden, von welchen Vorstellungen er sich leiten läßt. Nun komme ich zu Ihnen, um Sie zu fragen, was Sie tun, um die Welt zu verändern.

²³ Redaktionsschluss des Beitrages 5. Mai 2013.

Stalin: Nicht gar so viel.

Wells: Ich reise als einfacher Mann durch die Welt, und als einfacher Mann beobachte ich, was um mich her geschieht.

Stalin: Männer des öffentlichen Lebens von Ihrer Bedeutung sind keine „einfachen Leute“. Natürlich spricht allein die Geschichte das endgültige Urteil darüber, welche Bedeutung dieser oder jener Mann tatsächlich gehabt hat; jedenfalls aber betrachten Sie die Welt nicht mit den Augen des „einfachen Mannes“.

Wells: Ich heuchle keine Bescheidenheit. Was ich sagen will, ist, dass ich die Welt durch die Augen des einfachen Mannes zu sehen versuche und nicht durch die eines Parteipolitikers oder eines hohen Verwaltungsbeamten. Mein Besuch in den Vereinigten Staaten hat mir manchen Denkanstoß gegeben. Die alte Finanzwelt dort bricht zusammen; das Wirtschaftsleben des Landes wird nach neuen Prinzipien reorganisiert. Lenin hat gesagt: „Wir müssen lernen, unser Geschäft zu führen, müssen von den Kapitalisten lernen.“ Heute haben die Kapitalisten von Ihnen zu lernen und müssen sich den Geist des Sozialismus zu Eigen machen. Mir scheint, dass sich die Vereinigten Staaten in einem tief greifenden Prozess der Reorganisation befinden, dass eine Planwirtschaft, eine sozialistische Wirtschaft im Entstehen ist. Sie und Roosevelt haben verschiedene Ausgangspositionen. Aber gibt es nicht doch Berührungspunkte zwischen dem, was man in Washington, und dem, was man in Moskau denkt, sind Ideen und Bedürfnisse nicht miteinander verwandt? In Washington fiel mir das gleiche auf wie nun auch hier; man errichtet Dienststellen, man schafft eine Reihe von neuen staatlichen Regulierungsorganen, man organisiert den seit langem erforderlichen Staatsdienst. Das, was man benötigt, ist dort wie hier die Möglichkeit, steuernd einzugreifen.

Stalin: Die Vereinigten Staaten verfolgen ein anderes Ziel als wir in der UdSSR. Das Ziel, das die Amerikaner verfolgen, hat sich aus den ökonomischen Problemen, aus der Wirtschaftskrise ergeben. Die Amerikaner möchten mit privatkapitalistischen Maßnahmen und ohne Änderung der ökonomischen Basis einen Weg aus der Krise finden. Sie versuchen den Schaden, die Verluste, die aus dem bestehenden Wirtschaftssystem erwachsen sind, auf ein Minimum zu beschränken. Bei uns dagegen ist, wie Sie wissen, die alte ökonomische Basis beseitigt und an ihrer Stelle eine völlig andere, eine neue ökonomische Basis geschaffen worden. Selbst wenn die Amerikaner, auf die Sie anspielen, ihr Ziel teilweise erreichen, d. h., wenn es ihnen gelingt, diese Verluste auf ein Minimum zu beschränken, werden sie nicht die Wurzeln der dem kapitalistischen System innewohnenden Anarchie beseitigen. Sie schützen das Wirtschaftssystem, das zwangsläufig, das unausweichlich Anarchie der Produktion hervorbringt. Es geht ihnen also nicht um eine Reorganisation der Gesellschaft, nicht darum, das alte Gesellschaftssystem, aus dem Anarchie und Krisen entstehen, abzu-

schaffen, sondern höchstens um die Eindämmung bestimmter Nachteile, um die Eindämmung bestimmter Auswüchse. Subjektiv sind diese Amerikaner vielleicht der Meinung, dass sie die Gesellschaft reorganisieren; objektiv jedoch schützen sie die bestehende Basis der Gesellschaft. Deshalb wird es objektiv keine Reorganisation der Gesellschaft geben. Und genauso wenig eine Planwirtschaft. Was ist Planwirtschaft? Sehen wir uns einige ihrer Eigenschaften an! Planwirtschaft zielt darauf ab, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Nehmen wir an, dass es unter Beibehaltung des kapitalistischen Systems möglich wäre, die Arbeitslosigkeit auf ein bestimmtes Minimum zu beschränken. Mit Sicherheit würde aber kein Kapitalist die völlige Abschaffung der Arbeitslosigkeit gutheißen, die Abschaffung der Reservearmee von Arbeitslosen, die Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben soll und ein Reservoir von billigen Arbeitskräften bildet. Da haben Sie einen der Widersprüche in der „Planwirtschaft“ der bürgerlichen Gesellschaft. Weiter! Planwirtschaft bedeutet Ankurbelung der Produktion in jenen Industriezweigen, deren Güter für die Masse des Volkes besonders wichtig sind. Aber Sie wissen, dass die Ausweitung der Produktion im Kapitalismus sich nach ganz anderen Regeln vollzieht, dass das Kapital in diejenigen Wirtschaftsbranchen fließt, in denen die Profitrate am höchsten ist. Sie werden niemals einen Kapitalisten dazu bringen, dass er sich selbst Verluste zufügt und sich mit einer niedrigeren Profitrate zufrieden gibt, um die Bedürfnisse des Volkes zu erfüllen. Ohne dass die Kapitalisten verschwinden, ohne dass das Prinzip des Privateigentums an den Produktionsmitteln aufgehoben wird, ist es unmöglich, eine Planwirtschaft aufzubauen.

Wells: Ich stimme Ihnen in vielem zu. Ich möchte jedoch hervorheben, dass dann, wenn sich ein Land als Ganzes für das Prinzip der Planwirtschaft entscheidet, wenn die Regierung allmählich, Schritt für Schritt dieses Prinzip konsequent durchzusetzen beginnt, die Finanzoligarchie schließlich verschwunden und der Sozialismus, in der angelsächsischen Bedeutung des Wortes, erreicht sein wird. Die Wirkung, die von Roosevelts „New-Deal“-Ideen ausgeht, ist außerordentlich stark, und für mich sind dies sozialistische Ideen. Es scheint mir, dass wir den Gegensatz zwischen den beiden Welten nicht betonen, sondern stattdessen danach streben sollten, eine gemeinsame Sprache für alle konstruktiven Kräfte zu finden.

Stalin: Wenn ich von der Unmöglichkeit spreche, die Prinzipien der Planwirtschaft unter Beibehaltung der ökonomischen Basis des Kapitalismus zu verwirklichen, dann will ich damit nicht im geringsten die außergewöhnlichen persönlichen Fähigkeiten Roosevelts herabsetzen, seine Initiative, seinen Mut und seine Entschlusskraft. Unzweifelhaft ist Roosevelt unter allen Führern der kapitalistischen Welt von heute eine der stärksten und hervorstechendsten Erscheinungen. Ich möchte deswegen noch einmal betonen, dass meine Überzeugung, dass Planwirtschaft unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich ist, nicht bedeutet, dass ich die persönlichen Fähigkeiten, die Begabung und den Mut von Präsident Roosevelt in Zweifel ziehe. Aber wenn die

Umstände es nicht erlauben, kann auch der talentierteste Führer das Ziel, von dem Sie sprechen, nicht erreichen. Rein theoretisch ist natürlich die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, sich unter den Bedingungen des Kapitalismus allmählich, stufenweise dem Ziel anzunähern, das Sie „Sozialismus im angelsächsischen Sinne des Wortes“ nennen. Aber was wird das für ein Sozialismus sein? Höchstens würde er bis zu einem gewissen Grad die unverschämtesten Einzelvertreter des Kapitals in die Schranken weisen und das Prinzip der Steuerung der Nationalökonomie in einem etwas weiter gesteckten Bereich anwenden. Alles schön und gut. Aber sowie Roosevelt oder irgendein anderer Führer der bürgerlichen Welt von heute darüber hinaus ginge und die Grundlagen des Kapitalismus ernstlich angriffe, wird er unweigerlich völligen Schiffbruch erleiden. Die Banken, die Industrie, die großen Unternehmen, die großen Farmen gehören nicht Roosevelt. Sie sind ausnahmslos Privateigentum. Die Eisenbahn, die Handelsflotte, dies alles ist in der Hand von Privateigentümern. Und schließlich steht auch das Heer der Facharbeiter, der Ingenieure, der Techniker nicht unter Roosevelts Kommando, sondern unter dem Kommando von Privateigentümern; allesamt arbeiten diese Menschen für Privateigentümer. Wir dürfen auch nicht die Funktion des Staates in der bürgerlichen Welt vergessen. Der Staat ist eine Institution, die die Verteidigung des Landes organisiert und die „Ordnung“ aufrechterhält; er ist eine Maschine zum Steuereintreiben. Der kapitalistische Staat hat nicht viel mit Ökonomie im eigentlichen Sinne des Wortes zu tun; letztere befindet sich nicht in den Händen des Staates. Im Gegenteil, der Staat ist in den Händen der kapitalistischen Ökonomie. Eben deshalb wird Roosevelt trotz all seiner Energie, fürchte ich, das von Ihnen angesprochene Ziel nicht erreichen, immer vorausgesetzt, dass er ein solches Ziel überhaupt verfolgt. Vielleicht wird es in einigen Generationen möglich sein, diesem Ziel etwas näher zu kommen; ich persönlich glaube jedoch, dass nicht einmal das sehr wahrscheinlich ist.

Wells: Vielleicht glaube ich stärker an eine ökonomische Interpretation von Politik als Sie. Die Erfindungen und die moderne Wissenschaft haben starke Kräfte hervorgebracht, die eine bessere Organisation, ein besseres Funktionieren der Gesellschaft, d. h. den Sozialismus, erstreben. Organisation und Regulation der Einzeltätigkeit sind, über alle gesellschaftlichen Theorien hinweg, zu mechanischen Notwendigkeiten geworden. Wenn wir mit der Staatskontrolle über die Banken beginnen und als nächstes die Kontrolle auf die Schwerindustrie ausdehnen, dann auf die Industrie insgesamt, den Handel etc., so wird diese allumfassende Kontrolle gleichbedeutend sein mit dem staatlichen Eigentum aller Branchen der Nationalökonomie. Dies wird der Prozess der Sozialisierung sein. Sozialismus und Individualismus sind keine Gegensätze wie Schwarz und Weiß. Es gibt viele Abstufungen. Es gibt einen Individualismus, der an Räuberei grenzt, und es gibt eine Disziplin und eine Organisation, die gleichbedeutend sind mit Sozialismus. Die Einführung der Planwirtschaft hängt zu

einem Großteil von den Organisatoren der Ökonomie, von der ausgebildeten technischen Intelligenz ab, die nach und nach für die sozialistischen Prinzipien der Organisation gewonnen werden kann. Und das ist das, worauf es ankommt. Denn Organisation kommt vor Sozialismus. Sie ist der wichtigere Faktor. Ohne Organisation bleibt die Idee des Sozialismus eine bloße Idee.

Stalin: Zwischen dem einzelnen und dem Kollektiv, zwischen den Interessen des Individuums und denen der Gemeinschaft bestehen keine unvereinbaren Gegensätze, oder zumindest sollten sie nicht bestehen. Sie sollten deswegen nicht bestehen, weil der Kollektivismus, der Sozialismus die individuellen Interessen nicht leugnet, sondern sie vielmehr mit den Interessen des Kollektivs vereinigt. Der Sozialismus kann nicht von den individuellen Interessen abstrahieren. Allein die sozialistische Gesellschaft kann diese persönlichen Interessen maximal befriedigen. Mehr noch: Allein die sozialistische Gesellschaft kann entschieden für die Interessen des einzelnen eintreten. In diesem Sinne gibt es keine unvereinbaren Gegensätze zwischen „Individualismus“ und Sozialismus. Aber können wir die Gegensätze zwischen den Klassen leugnen, zwischen der besitzenden Klasse, der Kapitalistenklasse, und der arbeitenden Klasse, dem Proletariat? Auf der einen Seite haben wir die besitzende Klasse, der die Banken, die Fabriken, die Minen, das Transportwesen, die Plantagen in den Kolonien gehören. Diese Leute sehen nichts als ihr eigenes Interesse, sie wollen Profite. Sie unterwerfen sich nicht dem Willen des Kollektivs; sie trachten danach, jedes Kollektiv unter ihren Willen zu zwingen. Auf der anderen Seite haben wir die Klasse der Armen, die ausgebeutete Klasse, der weder Fabriken noch Betriebe noch Banken gehören, die, um leben zu können, gezwungen ist, ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu verkaufen, und der die Möglichkeit fehlt, ihre elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen. Wie sollen so gegensätzliche Interessen und Bestrebungen miteinander in Einklang gebracht werden? Meines Wissens ist es Roosevelt nicht gelungen, den Weg zur Versöhnung dieser Interessen zu finden. Dies ist auch unmöglich, wie die Erfahrung lehrt. Natürlich kennen Sie die Situation in den Vereinigten Staaten besser als ich, denn ich bin nie dort gewesen und informiere mich über die amerikanischen Verhältnisse hauptsächlich aus der Literatur. Aber ich habe einige Erfahrung im Kampf für den Sozialismus, und diese Erfahrung sagt mir, dass Roosevelt, sollte er tatsächlich den Versuch machen, den Interessen der Arbeiterklasse auf Kosten der Kapitalistenklasse zu dienen, von dieser Kapitalistenklasse durch einen anderen Präsidenten ersetzt werden wird. Die Kapitalisten werden sagen: Präsidenten kommen und gehen, wir aber gehen nicht; wenn dieser oder jener Präsident unsere Interessen nicht vertritt, werden wir uns einen anderen suchen. Was kann der Präsident dem Willen der Kapitalistenklasse schon entgegensetzen?

Wells: Ich wehre mich gegen diese vereinfachte Unterteilung der Menschheit in arm und reich. Natürlich gibt es eine Kategorie von Leuten, die nur dem eigenen Profit

nachjagen. Aber werden diese Leute nicht im Westen genau wie hier als Plage angesehen? Gibt es im Westen nicht viele Leute, für die der Profit kein Selbstzweck ist, die über bestimmte Geldmittel verfügen, die investieren wollen und aus diesen Investitionen ihr Auskommen bestreiten möchten, ohne dass sie dies als ihr Hauptziel ansehen würden? Sie sehen in Investitionen eine lästige Notwendigkeit. Gibt es nicht viele fähige und pflichtbewusste Ingenieure, Organisatoren der Wirtschaft, die den Ansporn zu ihrer Tätigkeit in etwas anderem als im Profit finden? Meines Erachtens gibt es eine zahlenmäßig starke Klasse von fähigen Leuten, die zugeben, dass das gegenwärtige System unbefriedigend ist, und die in der kapitalistischen Gesellschaft der Zukunft noch eine bedeutende Rolle spielen werden. Während der letzten Jahre habe ich mich stark dafür eingesetzt, habe ich viel über die Notwendigkeit nachgedacht, Propaganda für den Sozialismus und Kosmopolitismus in weiten Kreisen der Ingenieure, der Flieger, der militärisch-technischen Angestellten etc. zu treiben. Es ist sinnlos, an diese Kreise mit einer zweispurigen Klassenkrieg-Propaganda herantreten zu wollen. Diese Leute begreifen, in welchem Zustand die Welt ist. Sie begreifen, dass sie ein verfluchtes Durcheinander ist, aber sie halten Ihren einfachen Klassenkrieg-Antagonismus für unsinnig.

Stalin: Sie wenden sich gegen die vereinfachte Unterteilung der Menschheit in arm und reich. Natürlich gibt es eine Mittelschicht; es gibt die technische Intelligenz, die Sie angesprochen haben, und es gibt sehr gute und sehr redliche Menschen in ihr. Es gibt in ihr auch unredliche und schlechte Menschen. Sie finden hier überhaupt alle Arten von Menschen. Aber zuallererst zerfällt die Menschheit in reich und arm, in Besitzende und Ausgebeutete, und von dieser grundlegenden Zweiteilung absehen, heißt, von der grundlegenden Tatsache absehen. Ich bestreite nicht die Existenz von Zwischen-, von Mittelschichten, die sich entweder auf die eine oder die andere Seite dieser beiden kämpfenden Klassen schlagen oder aber in diesem Kampf eine neutrale oder halbneutrale Position beziehen. Aber ich wiederhole, von dieser grundlegenden Zweiteilung der Gesellschaft und dem grundlegenden Kampf zwischen den beiden Hauptklassen absehen, heißt, die Augen vor den Tatsachen verschließen. Dieser Kampf ist im Gang, und er wird weitergehen. Wie der Kampf enden wird, hängt vom Proletariat, von der Arbeiterklasse ab.

Wells: Aber gibt es nicht viele Leute, die nicht arm sind und doch arbeiten, produktiv arbeiten?

Stalin: Natürlich gibt es kleine Landbesitzer, Handwerker, kleine Händler; aber das Schicksal eines Landes hängt nicht von diesen Menschen ab, sondern von den arbeitenden Massen, die alles das produzieren, was die Gesellschaft braucht.

Wells: Aber es gibt doch sehr verschiedene Arten von Kapitalisten. Es gibt Kapitalisten, die nur an den Profit denken, nur daran denken, reich zu werden; aber es gibt

auch solche, die bereit sind, Opfer zu bringen. Nehmen Sie z. B. den alten Morgan. Er dachte nur an den Profit; er war einfach ein Parasit der Gesellschaft; er häufte nur Besitz an. Doch nehmen Sie Rockefeller. Er ist ein glänzender Organisator; er hat vorbildlich demonstriert, wie man die Ölförderung organisiert. Oder nehmen Sie Ford. Natürlich ist Ford auf seinen eigenen Nutzen aus. Aber ist er nicht auch ein passionierter Organisator der Rationalisierung in der Produktion von dem Sie lernen? Ich möchte darauf hinweisen, dass sich in letzter Zeit in der Einstellung der englischsprachigen Länder zur UdSSR ein wichtiger Wandel vollzogen hat. Der Grund dafür ist erstens in der Position Japans und in den Ereignissen in Deutschland zu suchen. Aber es gibt daneben noch andere Gründe, die nicht aus der internationalen Politik erwachsen. Es gibt einen tieferen Grund, den nämlich, dass viele Leute die Tatsache erkennen, dass das auf dem Privatprofit basierende System zusammenbricht. Unter diesen Umständen dürfen wir, wie mir scheint, nicht den Antagonismus zwischen den beiden Welten in den Vordergrund stellen, sondern sollten uns bemühen, alle konstruktiven Strömungen, alle konstruktiven Kräfte, soweit eben möglich, auf einer Linie zu vereinen. Ich habe den Eindruck, dass ich weiter links stehe als Sie, Mr. Stalin, ich glaube, das alte System ist seinem Ende näher als Sie glauben.

Stalin: Wenn ich von Kapitalisten spreche, die nur auf Profit, nur auf Reichtum aus sind, will ich damit nicht sagen, dass diese Leute nicht das Geringste wert sind und zu sonst nichts taugen. Viele von ihnen verfügen zweifelsohne über große organisatorische Fähigkeiten, die ich nicht im Traume bestreiten würde. Wir Sowjetmenschen lernen nicht wenig von den Kapitalisten. Und Morgan, den Sie so unvoreilhaft charakterisieren, war unzweifelhaft ein guter, fähiger Organisator. Aber wenn Sie von Leuten sprechen, die willens sind, eine neue Welt zu schaffen, dann werden Sie sie allerdings nicht in den Reihen derer finden, die getreu der Sache des Profits dienen. Wir und sie stehen an zwei entgegengesetzten Polen. Sie haben Ford erwähnt. Natürlich ist er ein fähiger Organisator der Produktion. Aber kennen Sie nicht seine Einstellung zur Arbeiterklasse? Wissen Sie nicht, wie viele Arbeiter er auf die Straße wirft? Der Kapitalist ist an den Profit gekettet, und keine Macht der Welt kann ihn davon losreißen. Der Kapitalismus wird nicht durch Organisatoren der Produktion, nicht durch die technische Intelligenz beseitigt, sondern durch die Arbeiterklasse, weil die ebenerwähnten Schichten keine selbständige Rolle spielen. Der Ingenieur, der Organisator der Produktion arbeitet nicht so, wie er möchte, sondern so, wie er soll, er arbeitet in einer Weise, die den Interessen seines Arbeitgebers dient. Natürlich gibt es Ausnahmen; es gibt Menschen in dieser Schicht, die aus dem Rausch des Kapitalismus erwacht sind. Die technische Intelligenz kann unter bestimmten Bedingungen Wunder vollbringen und der Menschheit große Dienste erweisen. Aber sie kann auch großen Schaden anrichten. Wir Sowjetmenschen haben nicht wenige Erfahrungen mit der technischen Intelligenz. Nach der Oktoberrevolution weigerte sich ein bestimmter

Teil der technischen Intelligenz, am Aufbau der neuen Gesellschaft mitzuarbeiten; er widersetzte sich dieser Aufbauarbeit und sabotierte sie. Wir taten alles, was in unseren Kräften stand, um die technische Intelligenz in diese Aufbauarbeit einzubeziehen; wir versuchten es so und so. Es verging viel Zeit, ehe unsere ausgebildete Intelligenz sich bereitfand, das neue System aktiv zu unterstützen. Heute steht der beste Teil dieser technischen Intelligenz in der vordersten Reihe derer, die die sozialistische Gesellschaft aufbauen. Ausgehend von diesen Erfahrungen sind wir weit davon entfernt, die guten wie die schlechten Seiten der technischen Intelligenz zu unterschätzen; wir wissen, dass sie auf der einen Seite Schaden anrichten, auf der anderen Seite „Wunder“ vollbringen kann. Natürlich stünden die Dinge anders, wenn es möglich wäre, die technische Intelligenz mit einem Schlag der kapitalistischen Welt zu entreißen. Aber das ist Utopie. Gibt es unter der technischen Intelligenz viele, die es wagen würden, mit der bürgerlichen Welt zu brechen und sich für die Errichtung einer neuen Gesellschaft einzusetzen? Glauben Sie, dass es viele solcher Menschen, sagen wir in England oder in Frankreich, gibt? Nein, es sind nur wenige, die bereit wären, sich von ihren Arbeitgebern zu trennen und mit dem Aufbau einer neuen Welt zu beginnen. Außerdem, dürfen wir die Tatsache außer Acht lassen, dass man, um die Welt zu verändern, im Besitz der politischen Macht sein muss? Es scheint mir, Mr. Wells, dass Sie die Frage der politischen Macht sehr unterschätzen, dass diese Frage in Ihrer Konzeption überhaupt nicht berücksichtigt ist. Was können diese Menschen auch mit den besten Absichten in der Welt tun, wenn sie nicht in der Lage sind, die Machtfrage zu stellen und selbst nicht im Besitz der Macht sind? Im besten Falle können sie die Klasse, die die Macht ergreift, unterstützen, aber sie können die Welt nicht aus eigener Kraft verändern. Dies kann nur eine große Klasse, die an die Stelle der Kapitalistenklasse tritt und statt ihrer zum souveränen Herrscher wird. Diese Klasse ist die Arbeiterklasse. Natürlich muss man die Hilfe der technischen Intelligenz annehmen; und umgekehrt, muss man ihr helfen. Aber man darf nicht glauben, dass die technische Intelligenz eine selbständige historische Rolle zu spielen vermag. Die Umgestaltung der Welt ist ein großer, komplizierter und mühevoller Prozess. Diese große Aufgabe erfordert eine große Klasse. Nur große Schiffe gehen auf lange Reisen.

Wells: Ja, aber um auf eine lange Reise zu gehen, braucht man einen Kapitän und einen Steuermann.

Stalin: Das ist richtig, aber das erste, was man für eine lange Reise braucht, ist ein großes Schiff. Was ist ein Steuermann ohne Schiff? Nichts.

Wells: Das große Schiff ist die Menschheit, nicht eine Klasse.

Stalin: Sie, Mr. Wells, gehen offenbar von der Annahme aus, dass alle Menschen gut sind. Ich dagegen vergesse nicht, dass es auch viele schlechte Menschen gibt. Ich glaube nicht an die Tugend der Bourgeoisie.

Wells: Ich erinnere mich an die Situation der Intelligenz vor einigen Jahrzehnten. Damals war die technische Intelligenz zahlenmäßig klein, aber es gab viel zu tun, und jeder Ingenieur hatte, technisch und intellektuell, seine Chance. Deshalb war die technische Intelligenz die am wenigsten revolutionäre Klasse. Heute dagegen gibt es technische Intellektuelle im Überfluss, und ihre Mentalität hat sich sehr deutlich gewandelt. Der Mann mit Fachausbildung, der früher niemals auf revolutionäre Reden gehört hätte, interessiert sich nun sehr dafür. Kürzlich war ich zum Dinner bei der Royal Society, unserer großen englischen wissenschaftlichen Gesellschaft. Die Ansprache des Präsidenten war ein Plädoyer für soziale Planung und wissenschaftliche Kontrolle. Heute vertritt der Mann an der Spitze der Royal Society revolutionäre Ansichten und dringt auf wissenschaftliche Reorganisation der menschlichen Gesellschaft. Ihre Klassenkrieg-Propaganda hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Das Denken der Menschen verändert sich.

Stalin: Ich weiß, ja, und die Erklärung dafür ist in der Tatsache zu suchen, dass die kapitalistische Gesellschaft sich in einer Sackgasse befindet. Die Kapitalisten suchen einen Ausweg aus dieser Sackgasse, der mit dem Ansehen dieser Klasse, mit den Interessen dieser Klasse vereinbar wäre, finden ihn aber nicht. Sie könnten ein Stück weit auf allen Vieren aus der Krise heraus kriechen, aber sie können keinen Ausweg finden, der es ihnen ermöglichte, erhobenen Hauptes heraus zu schreiten, einen Weg, der nicht grundlegend gegen die Interessen des Kapitalismus verstoßen würde. Dies wird natürlich in weiten Kreisen der technischen Intelligenz begriffen. Ein großer Teil dieser Menschen beginnt die Interessengemeinschaft mit der Klasse zu begreifen, die fähig ist, den Weg aus der Sackgasse zu weisen.

Wells: Wenn jemand etwas von der Revolution, von der praktischen Seite der Revolution versteht, Mr. Stalin, dann sind Sie es. Erheben sich die Massen jemals? Ist es nicht eine unbestreitbare Wahrheit, dass alle Revolutionen von einer Minderheit gemacht werden?

Stalin: Um eine Revolution zu machen, ist eine führende revolutionäre Minderheit nötig; aber die begabteste, ergebnisreichste und tatkräftigste Minderheit wäre hilflos, wenn sie nicht auf die zumindest passive Unterstützung von Millionen bauen könnte.

Wells: Zumindest passiv? Vielleicht unterbewusst?

Stalin: Teilweise auch die halbinstinktive und halbbewusste Unterstützung, aber ohne die Unterstützung von Millionen ist auch die beste Minderheit ohnmächtig.

Wells: Wenn ich die kommunistische Propaganda im Westen beobachte, habe ich den Eindruck, dass diese Propaganda angesichts der heutigen Verhältnisse sehr überholt klingt, weil es Aufstands-Propaganda ist. Propaganda für den gewaltsamen Sturz des Gesellschaftssystems war gut und richtig, solange sie gegen eine Tyrannei gerichtet

war. Aber unter den heutigen Verhältnissen, wo das System ohnehin zusammenbricht, sollte man das Gewicht auf Leistung, auf Effektivität, auf Produktivität und nicht auf Aufstand legen. Ich finde, der Aufstands-Ton ist ein falscher Ton. Die kommunistische Propaganda im Westen ist ein Ärgernis für konstruktiv denkende Menschen.

Stalin: Natürlich bricht das alte System zusammen und verfault. Ganz richtig. Aber richtig ist auch, dass neue Anstrengungen unternommen werden, mit anderen Methoden, mit allen Mitteln dieses sterbende System zu schützen, es zu retten. Sie ziehen einen falschen Schluss aus einer richtigen Voraussetzung. Sie stellen zu Recht fest, dass die alte Welt zusammenbricht. Aber Sie irren, wenn Sie glauben, dass sie von selbst zusammenbricht. Nein, die Ablösung eines Gesellschaftssystems durch ein anderes ist ein komplizierter und langwieriger revolutionärer Prozess. Es ist nicht einfach ein spontaner Prozess, sondern ein Kampf; es ist ein Prozess, der sich im Zusammenstoß der Klassen vollzieht. Der Kapitalismus verfault, aber man kann ihn nicht einfach mit einem Baum vergleichen, der so morsch ist, dass er von selbst zu Boden stürzen muss. Nein, die Revolution, die Ablösung eines Gesellschaftssystems durch ein anderes, ist immer ein Kampf gewesen, ein mühsamer und ein grausamer Kampf, ein Kampf auf Leben und Tod. Und jedes Mal, wenn die Menschen der neuen Welt an die Macht kamen, mussten sie sich der Versuche der alten Welt erwehren, die alte Ordnung gewaltsam wiederherzustellen; diese Menschen der neuen Welt mussten stets auf der Hut sein, stets bereit sein, die Angriffe der alten Welt auf das neue System zurückzuschlagen. Ja, Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass das alte Gesellschaftssystem zusammenbricht; aber es bricht nicht von selbst zusammen. Nehmen Sie z. B. den Faschismus. Der Faschismus ist eine reaktionäre Kraft, die unter Anwendung von Gewalt die alte Welt zu erhalten sucht. Was wollen Sie mit den Faschisten machen? Mit ihnen diskutieren? Sie zu überzeugen versuchen? Aber damit erreichen Sie bei ihnen nicht das Geringste. Die Kommunisten verherrlichen keineswegs die Anwendung von Gewalt. Aber sie, die Kommunisten, sind nicht willens, sich überrumpeln zu lassen, sie können sich nicht darauf verlassen, dass die alte Welt freiwillig von der Bühne abtritt, sie sehen, dass das alte System sich gewaltsam verteidigt, und deshalb sagen die Kommunisten der Arbeiterklasse: Beantwortet Gewalt mit Gewalt, tut alles, was in Euren Kräften steht, um zu verhindern, dass die alte, sterbende Ordnung Euch zermalmt, lasst nicht zu, dass sie Fesseln um Eure Hände legt, um die Hände, mit denen Ihr das alte System niederreißen werdet! Sie sehen also, die Kommunisten betrachten die Ablösung eines Gesellschaftssystems durch ein anderes nicht einfach als einen spontanen und friedlichen Prozess, sondern als einen komplizierten, langwierigen und gewaltsamen Prozess. Die Kommunisten können die Augen nicht vor den Tatsachen verschließen.

Wells: Aber sehen Sie doch, was sich heute in der kapitalistischen Welt abspielt. Dies ist nicht einfach ein Zusammenbruch, es ist ein Ausbruch von reaktionärer Gewalt,

die zum Gangstertum herabsinkt. Und in meinen Augen können Sozialisten, wenn es zu einem Konflikt mit reaktionärer und unintelligenter Gewalt kommt, das Gesetz anrufen, und statt die Polizei als Feind zu betrachten, sollten sie sie im Kampf gegen die Reaktionäre unterstützen. Ich glaube, es ist sinnlos, mit den Methoden des alten, starren Aufstands-Sozialismus zu operieren.

Stalin: Die Kommunisten stützen sich auf reiche historische Erfahrungen; diese Erfahrungen lehren, dass eine verbrauchte Klasse nicht freiwillig von der Bühne der Geschichte abtritt. Denken Sie an die Geschichte Englands im 17. Jahrhundert. Sagten damals nicht viele, dass das alte Gesellschaftssystem verfault sei? Aber war nicht trotzdem ein Cromwell nötig, um es gewaltsam zu zerschmettern?

Wells: Cromwell operierte auf dem Boden der Verfassung und im Namen der verfassungsmäßigen Ordnung.

Stalin: Im Namen der Verfassung wendete er Gewalt an, ließ er den König hinrichten, trieb er das Parlament auseinander, ließ er Leute ins Gefängnis werfen oder enthaupten! Oder nehmen Sie ein Beispiel aus der Geschichte meines Landes. War es nicht längst klar, dass das zaristische System verfaulte, zusammenbrach? Aber wie viel Blut musste noch vergossen werden, um es zu stürzen? Und die Oktoberrevolution? Gab es nicht viele, denen klar war, dass allein wir, die Bolschewiki, den einzig richtigen Ausweg wiesen? War es nicht klar, dass der russische Kapitalismus verfault war? Aber Sie wissen, wie groß der Widerstand war, wie viel Blut vergossen werden musste, um die Oktoberrevolution gegen alle ihre Feinde, im Innern und im Ausland, zu verteidigen. Oder nehmen Sie Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts. Lange vor 1789 war es klar, wie verfault die Macht des Königs, wie verfault das feudale System war. Dennoch konnte es nicht ohne einen Volksaufstand, einen Zusammenstoß der Klassen abgehen. Warum? Weil jene Klassen, die von der Bühne der Geschichte abzutreten haben, die letzten sind, die daran glauben wollen, dass ihr Spiel aus ist. Es ist unmöglich, sie davon zu überzeugen. Sie glauben, dass die Risse im faulenden Gefüge der alten Ordnung ausgebessert werden können, dass das wankende Gefüge der alten Ordnung instand gesetzt und gerettet werden kann. Eben deshalb greifen die untergehenden Klassen zu den Waffen und setzen jedes Mittel ein, um sich als herrschende Klasse zu halten.

Wells: Aber standen an der Spitze der großen Französischen Revolution nicht einige Rechtsanwälte?

Stalin: Es liegt mir fern, die Rolle der Intelligenz in revolutionären Bewegungen schmälern zu wollen. Aber war die große Französische Revolution eine Rechtsanwalts-Revolution oder eine Volksrevolution, die den Sieg errang, indem sie breite Volksmassen zum Kampf gegen den Feudalismus mobilisierte und die Interessen des

Dritten Standes verfocht? Und handelten die Rechtsanwälte unter den Führern der großen Französischen Revolution in Übereinstimmung mit den Gesetzen der alten Ordnung? Führten sie nicht ein neues, bürgerlich-revolutionäres Recht ein? Reiche historische Erfahrungen lehren, dass bis heute keine einzige Klasse freiwillig einer anderen Klasse Platz gemacht hat. Es gibt dafür keinen Präzedenzfall in der Geschichte. Die Kommunisten haben diese historische Lektion gelernt. Die Kommunisten würden es begrüßen, wenn die Bourgeoisie freiwillig abträte. Aber eine solche Wendung der Dinge ist, wie wir aus Erfahrung wissen, unwahrscheinlich. Deshalb sind die Kommunisten auf das Schlimmste gefasst und rufen die Arbeiterklasse auf, wachsam und kampfbereit zu sein. Was ist ein Führer wert, der die Wachsamkeit seiner Armee einschläfert, ein Führer, der nicht begreift, dass der Feind nicht kapitulieren wird, dass er vernichtet werden muss? Wer als Führer so handelt, der betrügt, der verrät die Arbeiterklasse. Das ist der Grund, warum ich der Meinung bin, dass das, was Ihnen überholt zu sein scheint, für die Arbeiterklasse in Wirklichkeit ein Maßstab für revolutionäres Handeln ist.

Wells: Ich bestreite nicht, dass Gewalt angewendet werden muss, aber ich bin der Meinung, dass die Formen des Kampfes, so gut es eben geht, auf die Möglichkeiten abgestimmt sein sollten, die die bestehenden und gegen reaktionäre Angriffe zu verteidigenden Gesetze bieten. Es besteht keine Notwendigkeit, das alte System zu desorganisieren, weil es sich, so wie die Dinge liegen, schon von allein desorganisiert. Deshalb erscheint mir der Aufstand gegen die alte Ordnung, gegen das Gesetz veraltet und überholt. Ich übertreibe, nebenbei gesagt, bewusst, damit die Wahrheit deutlicher sichtbar wird. Ich kann meinen Standpunkt folgenderweise formulieren: Erstens, ich bin für Ordnung; zweitens, ich greife das bestehende System an, insofern es keine Ordnung gewährleisten kann; drittens, ich fürchte, dass Klassenkrieg-Propaganda gerade diejenigen gebildeten Menschen vom Sozialismus abschreckt, die der Sozialismus braucht.

Stalin: Will man ein großes Ziel erreichen, ein wichtiges gesellschaftliches Ziel, braucht man eine zentrale Kraft, ein Bollwerk, eine revolutionäre Klasse. Als nächstes ist es erforderlich, die Unterstützung dieser zentralen Kraft durch Hilfskräfte zu organisieren; in diesem Fall ist diese Hilfskraft die Partei, der auch die besten Kräfte der Intelligenz angehören. Sie haben gerade von „gebildeten Menschen“ gesprochen. Aber an welche gebildeten Menschen haben Sie dabei gedacht? Standen in England im 17. Jahrhundert, in Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts und in Rußland in der Epoche der Oktoberrevolution nicht zahlreiche gebildete Menschen auf Seiten der alten Ordnung? Die alte Ordnung hatte viele hoch gebildete Menschen in ihren Diensten, die die alte Ordnung verteidigten, die die neue Ordnung bekämpften. Bildung ist eine Waffe, deren Wirkung davon abhängt, welche Hand sie geschmiedet hat, wessen Hand sie führt. Natürlich braucht das Proletariat, der Sozialismus hoch gebildete

Leute. Gewiss, Einfaltspinsel können dem Proletariat im Kampf für den Sozialismus, beim Aufbau einer neuen Gesellschaft keine Hilfe sein. Ich unterschätze die Rolle der Intelligenz nicht; im Gegenteil, ich unterstreiche sie. Die Frage ist jedoch, von welcher Intelligenz wir sprechen? Denn es gibt verschiedene Arten von Intelligenz.

Wells: Es kann keine Revolution ohne radikale Veränderungen im Erziehungswesen geben. Es genügt, zwei Beispiele anzuführen - das Beispiel der deutschen Republik, die das alte Erziehungssystem nicht antastete und deshalb nie eine Republik wurde; und das Beispiel der britischen Labour Party, die nicht die Absicht hat, auf einer radikalen Änderung des Erziehungswesens zu beharren.

Stalin: Sie sehen das richtig. Gestatten Sie mir nun, auf Ihre drei Punkte zu antworten. Erstens: Das Wichtigste für die Revolution ist die Existenz eines gesellschaftlichen Bollwerks. Dieses Bollwerk der Revolution ist die Arbeiterklasse. Zweitens: Es ist eine Hilfskraft erforderlich, das, was die Kommunisten Partei nennen. Der Partei gehört die Arbeiterintelligenz an und diejenigen Elemente der technischen Intelligenz, die eng mit der Arbeiterklasse verbunden sind. Die Intelligenz ist nur dann stark, wenn sie sich mit der Arbeiterklasse verbindet. Stellt sie sich gegen die Arbeiterklasse, wird sie zu einer bloßen Ziffer. Drittens: Als Hebel der Veränderung ist die politische Macht erforderlich. Die neue politische Macht schafft die neuen Gesetze, die neue Ordnung, die eine revolutionäre Ordnung ist. Ich bin nicht für Ordnung schlechthin. Ich bin für eine Ordnung, die den Interessen der Arbeiterklasse entspricht. Falls freilich irgendwelche Gesetze der alten Ordnung im Interesse des Kampfes für eine neue Ordnung genutzt werden können, dann sollte das geschehen. Ich habe keine Einwände gegen Ihre Forderung, dass das bestehende System angegriffen werden sollte, insofern es die notwendige Ordnung für das Volk nicht sicherstellen kann. Und schließlich: Sie haben Unrecht, wenn Sie glauben, dass die Kommunisten in die Gewalt verliert sind. Sie würden sehr gerne auf Gewaltanwendung verzichten, wenn die herrschende Klasse bereit wäre, ihren Platz der Arbeiterklasse zu räumen. Aber die historische Erfahrung spricht gegen eine solche Annahme.

Wells: Die Geschichte Englands kennt allerdings einen Fall, dass eine Klasse einer anderen Klasse freiwillig die Macht überließ. In der Periode zwischen 1830 und 1870 trat die Aristokratie, die ausgangs des 18. Jahrhunderts noch einen sehr beträchtlichen Einfluss hatte, freiwillig, ohne ernsthaften Kampf, die Macht an die Bourgeoisie ab, was mit ein Grund für die sentimentale Beibehaltung der Monarchie war. In der Folge führte diese Machtübertragung zur Errichtung der Herrschaft der Finanzoligarchie.

Stalin: Aber Sie sind unmerklich von Fragen der Revolution zu Fragen der Reform übergegangen. Das ist nicht das gleiche. Sind Sie nicht der Meinung, dass die Chartisten-Bewegung große Bedeutung für die Reformen im England des 19. Jahrhunderts hatte?

Wells: Die Chartisten haben wenig getan und sind verschwunden, ohne eine Spur zu hinterlassen.

Stalin: Ich bin anderer Meinung. Die Chartisten und die von ihnen organisierte Streikbewegung haben eine große Rolle gespielt; sie zwangen die herrschenden Klassen zu einer Reihe von Zugeständnissen im Hinblick auf das Wahlrecht, im Hinblick auf die Abschaffung der so genannten „faulen Wahlbezirke“, im Hinblick auf einige Punkte der „Charter“. Der Chartismus spielte eine nicht unwichtige historische Rolle und zwang einen Teil der herrschenden Klassen, wofern man nicht große Erschütterungen in Kauf nehmen wollte, zu gewissen Zugeständnissen, zu Reformen. Es muss überhaupt gesagt werden, dass sich die herrschenden Klassen Englands, die Aristokratie ebenso wie die Bourgeoisie, vom Standpunkt ihrer Klasseninteressen, vom Standpunkt der Machtsicherung vor allen anderen herrschenden Klassen als die geschicktesten, als die flexibelsten erwiesen haben. Nehmen Sie etwa ein Beispiel aus der Geschichte unserer Tage - den Generalstreik in England im Jahre 1926. Jede andere Bourgeoisie hätte im Falle eines solchen Ereignisses, dass nämlich der Generalrat der Gewerkschaften einen Streik ausruft, als erstes die Gewerkschaftsführer verhaften lassen. Anders die britische Bourgeoisie, die damit vom Standpunkt ihrer eigenen Interessen aus durchaus klug handelte. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bourgeoisie der Vereinigten Staaten, Deutschlands oder Frankreichs eine so flexible Strategie angewendet hätte. Um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, haben die herrschenden Klassen Großbritanniens niemals kleine Zugeständnisse, Reformen ausgeschlagen. Aber es wäre ein Fehler, diese Reformen für revolutionär zu halten.

Wells: Sie haben eine höhere Meinung von den herrschenden Klassen meines Landes als ich. Aber besteht ein großer Unterschied zwischen einer kleinen Revolution und einer großen Reform? Ist eine Reform nicht eine kleine Revolution?

Stalin: Infolge des Drucks von unten, des Drucks der Massen mag die Bourgeoisie gelegentlich unter Beibehaltung des bestehenden sozial-ökonomischen Systems bestimmte Teilreformen zugestehen. Wenn sie so handelt, kalkuliert sie, dass diese Zugeständnisse nötig sind, um ihre Klassenherrschaft zu erhalten. Das ist das Wesen der Reform. Revolution meint dagegen die Übertragung der Macht von einer Klasse auf eine andere. Deshalb auch ist es unmöglich, eine Reform als Revolution zu bezeichnen. Deshalb haben wir keinen Wandel des Gesellschaftssystems zu erwarten, der sich als unmerklicher Übergang von einem in ein anderes System auf dem Wege der Reform, durch Zugeständnisse der herrschenden Klasse vollzöge.

Wells: Ich danke Ihnen sehr für dieses Gespräch, das für mich eine große Bedeutung gehabt hat. Als Sie mir verschiedene Punkte erklärt haben, mögen Sie daran zurückgedacht haben, wie Sie in den illegalen Zirkeln vor der Revolution die Grundlagen des Sozialismus erklärt haben. Es gibt gegenwärtig nur zwei Menschen auf der Welt,

deren Meinung, deren geringster Äußerung noch Millionen lauschen - Sie und Roosevelt. Andere mögen predigen, soviel sie wollen; was sie sagen, wird nicht gedruckt oder beachtet. Ich kann noch nicht abschätzen, was in Ihrem Land geleistet worden ist; ich bin erst gestern eingetroffen. Aber ich habe schon die frohen Gesichter von gesunden Männern und Frauen gesehen und ich weiß, dass sich hier etwas sehr Bedeutsames vollzieht. Der Unterschied zu 1920 ist verblüffend.

Stalin: Sehr viel mehr hätte erreicht werden können, wären wir Bolschewiki klüger gewesen.

Wells: Nein, wären Menschen klüger. Es wäre eine gute Sache, einen Fünfjahresplan für den Wiederaufbau des menschlichen Gehirns zu erfinden, denn offenbar fehlen ihm viele Dinge, die für eine vollkommene gesellschaftliche Ordnung erforderlich sind.

Stalin: Haben Sie vor, zum Kongress des Sowjetischen Schriftstellerverbandes dazubleiben?

Wells: Leider habe ich verschiedene Verpflichtungen und kann nur eine Woche in der UdSSR bleiben. Ich kam mit dem Wunsch, Sie zu sprechen, und ich bin sehr zufrieden mit unserer Unterredung. Aber ich habe vor, mit den Schriftstellern, mit denen ich zusammentreffen kann, über die Möglichkeit ihrer Mitgliedschaft im PEN-Club zu sprechen. Das ist eine internationale Schriftstellerorganisation, die von Galsworthy gegründet wurde; nach seinem Tod wurde ich ihr Präsident. Die Organisation ist noch schwach, aber sie hat Mitgliedergruppen in vielen Ländern, und, wichtiger noch, die Presse berichtet ausführlich über die Reden ihrer Mitglieder. Ihr Grundsatz ist freie Meinungsäußerung - auch gegensätzlicher Meinungen. Ich hoffe, diesen Punkt mit Gorki erörtern zu können. Ich weiß nicht, ob sie hier schon auf so viel Freiheit vorbereitet sind...

Stalin: Wir Bolschewiki nennen das „Selbstkritik“. Sie ist überall in der UdSSR üblich...

Quelle: J.W.Stalin, Werke, Band 14

Vergleich der Strafrechtssysteme DDR - BRD

Erich Buchholz: Eine Essenz aus meinem Buchprojekt „Das DDR-Strafrecht besser als das der BRD?“

Am Ende des einführenden Abschnitts meines Buches habe ich als spezifisches, durch die historische Einmaligkeit des Sieges über den Hitlerfaschismus und die Befreiung auch des deutschen Volkes von ihm als einen besonderen rechtshistorischen und rechtstheoretischen Maßstab des Vergleichs der beiden deutschen Strafrechtssysteme ihren Umgang mit ihrer Vergangenheit auf dem Gebiet des Strafrechts gewonnen, der durch das Potsdamer Abkommen vorgegeben war. Das Ergebnis meiner Untersuchung hinsichtlich dieses Umgangs mit dem überkommenen Strafrecht, vor allem hinsichtlich der Überwindung des **nazistischen** Strafrechts, ist folgendes:

In der DDR wurde die Überwindung des nazistischen Strafrechts konsequent durchgeführt. Das gilt insbesondere für die Beseitigung nazistischer Bestimmungen zur **Sicherungsverwahrung**. Bereits kurze Zeit nach der Gründung der DDR hat ihr Oberstes Gericht - nicht zuletzt dank entsprechender wissenschaftlicher Vorarbeiten neuer antifaschistischer Strafrechtswissenschaftler - den § 20 a RStGB (Strafschärfung gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher) und die damit zusammenhängenden Bestimmung über die Sicherungsverwahrung (§ 42 e RStGB) als mit der Verfassung der DDR für unvereinbar und so für nicht mehr anwendbar erklärt. Damit war für die Gerichte der DDR die Unanwendbarkeit dieser Vorschriften vorgegeben. (24) In der Folgezeit blieb das DDR-Strafrecht, so vor allem sein neues Strafgesetzbuch, und blieben die Bürger der DDR von diesen nazistischen Bestimmungen befreit.

Demgegenüber hat die BRD keine Bedenken, nazistische Bestimmungen des überkommenen Strafrechts in ihrem reformierten StGB, so insbesondere die über die Sicherungsverwahrung, zu erhalten und durch ihre Rechtsprechung anwenden zu lassen! Mehr noch: In den 90er Jahren wurden die einschlägigen Bestimmungen der Sicherungsverwahrung durch besondere Regelungen, die ich als solche im Geiste nazistischer „Gesetzgebung“ ansehe, so durch die nachträgliche Anordnung von Sicherungsverwahrung und den Vorbehalt einer solchen Anordnung, verschärft. Der **EGMR** war genötigt, Bestimmungen des BRD-Strafgesetzbuches und Praktiken von BRD-Gerichten für unvereinbar mit der Europäischen Menschenrechtskonvention

²⁴ Urteil vom 23. Dezember 1952 (3 Ust III 28/52); NJ, 1953, S. 54.

(EMRK), damit für „konventionswidrig“, zu erklären, namentlich die, die in einer Verschärfung der Sicherungsverwahrung aufgrund der oben genannten Gesetze bestehen und wegen ihres das Tatprinzip verletzenden präventiven polizeistaatlichen Charakters als konventionswidrig zu beurteilen sind. (25) Dank des EGMR wird die BRD in die Lage versetzt, sich von den extremsten Erscheinungen nachwirkender nazistischer Gesetzgebung befreien zu müssen.

Eine persönliche Anmerkung

Die Bearbeitung dieses Gegenstands und die erneute Beschäftigung mit der Herkunft und der Übernahme der Sicherungsverwahrung durch die BRD und ihr weiterer Umgang mit dieser aus der Nazizeit übernommenen Maßregel ließ mich - im Zusammenhang mit zahlreichen persönlichen Beobachtungen und Erlebnissen der vergangenen 70 Jahren (angefangen mit Wahrnehmungen im Frühjahr und Sommer 1946 in West-Berlin) - zu der Annahme gelangen, dass wegen des Ausbleibens einer gründlichen und konsequenten Auseinandersetzungen mit der eigenen faschistischen Vergangenheit sowie mit der dann später erfolgten Eliminierung der DDR und der dadurch möglich gewordenen ungebremsen Entwicklung des Imperialismus in der BRD folgende Denkweisen - ausgehend von der Bourgeoisie und den von ihr abhängigen maßgeblichen Persönlichkeiten, aber verbreitet auch in weiten Kreisen der BRD-Bürger - zumindest latent verbreitet sein dürften:

- *- ein fortbestehender oder wieder belebter Rassismus bzw. eine manifeste Fremdenfeindlichkeit, womöglich auch ein noch nicht völlig überwindener Antisemitismus (26);
- *- ein durch die Kommunistenverfolgung unter Adenauer wieder belebter und nach der Annexion der DDR grenzenlos wuchernder Antikommunismus;
- *- ein gerade in den letzten Jahren verstärkt geförderter imperialistischer Nationalismus (Deutschland ist wieder da und spielt international eine wichtige Rolle);²⁷
- *- ein neuer (alter) Militarismus, da man sobald als möglich - beginnend unmittelbar nach der Annexion der DDR - (bundes)deutsche Soldaten wieder in Kriegshandlungen außerhalb der Bundesrepublik schickte und sich inzwischen zu einem wichtigen imperialistischen Zentrum entwickelt hat.

²⁵ Das sind die Bestimmungen, die ich rechtshistorisch weitergehend als **nazistisch** beurteile.

²⁶ Der Vorsitzende einer Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin (Moabit) konnte sich nicht verkneifen, als meine wegen ihrer rechtmäßigen richterlichen Tätigkeit in der DDR (!) angeklagte Mandantin bei der Vorstellung ihres Lebenslaufes erwähnte, im Büro eines Rechtsanwalts gearbeitet zu haben, dies mit den Worten zu kommentieren: „Sie haben also bei einem Juden gelernt!“

²⁷ Die Ferieninsel Ibiza sei „wieder fest in deutscher Hand“, war zu hören.

Unwillkürlich muss ich an Bert Brechts Epilog zum „Arturo Ui“ denken:
„Ihr aber lernet, wie man sieht, statt stiert,
Und handelt statt zu reden noch und noch,
So was hätt einmal fast die Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Dass keiner uns zu früh da triumphiert -
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“

Erich Buchholz

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt